
Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen
Wirtschaft und Gesellschaft
**Zweites Symposium „Neues Bewusstsein für
neuen Wohlstand“**
1. und 2. Februar 2016, Schader-Forum,
Darmstadt

Bericht von Dr. Kirsten Mensch
unter Mitarbeit von Vera Elena Albrecht, Monika Berghäuser, Tyl Birnbaum, Oliver Müller

Herausgegeben von der Schader-Stiftung (Alexander Gemeinhardt)
und dem Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung (Prof. Dr. Meinhard Miegel)

1.	Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand	3
2.	Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft	3
3.	Die Rolle der Arbeit im Allgemeinen	3
4.	Die Rolle der Arbeit in Abhängigkeit von den äußeren Bedingungen	4
5.	Entwicklungsmöglichkeiten	5
6.	Vier Strategien zur Gestaltung der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Berichte aus den parallel laufenden Arbeitsgruppen	5
7.	Arbeitsgruppe 1: Höhere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung bei niedrigerer Besteuerung von Arbeit	6
8.	Arbeitsgruppe 2: Kürzere Arbeitszeiten für eine zukunftsfähige und menschenfreundliche Verteilung der Arbeit	9
9.	Arbeitsgruppe 3: Personalintensive Dienstleistungen und Instrumente zur Existenzsicherung	14
10.	Arbeitsgruppe 4: Veränderte Produktions- und Absatzprozesse durch Gemeinschaftsgüter und Prosumenten	17
11.	Wechselwirkungen und Widersprüche der Strategien	21
12.	Vortrag von Dr. Wolfgang Schmidbauer „Die Bedeutung der Handarbeit für den Kopf“	23
13.	Vortrag von Prof. Dr. Meinhard Miegel „Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft“	27

1. Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand

Unter dem Titel „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“ fand im Dezember 2014 ein erstes gemeinsames Symposium der Schader-Stiftung mit dem Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung statt. Unter den Expertinnen und Experten, die sich für einen Übergang zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Lebensweisen einsetzen, lautete die damals diskutierte Ausgangsthese: Wir müssen uns lösen von dem herkömmlichen Wohlstandsbegriff, der stark dem Materiellen verhaftet ist. Nur mit einem auch immateriellen Verständnis von Wohlstand kann es den Gesellschaften der entwickelten, saturierten Länder gelingen, zu einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Lebensweise zu wechseln, die die Kapazitäten des Planeten nicht überschreitet. In einem weiteren Schritt wurde nun, Anfang 2016, darüber nachgedacht, welche Rolle Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise spielen kann oder muss. Auch bei dieser Frage handelt es sich letztlich um eine der inneren Haltungen, die durch den Reihentitel „Neues Bewusstsein für neuen Wohlstand“ prägnant gefasst wird.

2. Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft

Eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sorgt für den schonenden, ökologisch und finanziell tragfähigen, weder die Menschen noch die Umwelt übermäßig belastenden Umgang mit allen materiellen und immateriellen Ressourcen. Wie Arbeit, welcher Art auch immer, in einer solchen Wirtschaft und Gesellschaft aussehen kann, war das Thema des Symposiums. Die Themensetzung lässt die Schwierigkeit erkennen, vor der die rund dreißig persönlich eingeladenen Fachleute aus Wissenschaft und Praxis standen: Noch weiß niemand, wie eine derartige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Einzelnen aussehen muss oder kann. Insofern fand die Diskussion vor dem vagen Hintergrund einer gedachten umfassend nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft statt. Es ging somit um die Rolle der Arbeit in einer nicht genau beschriebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Nichtsdestotrotz sind Überlegungen in diesen Bereichen von hoher Relevanz. Die heutige Gesellschaft muss sich der Frage stellen – um es mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu sagen – „ob wir insgesamt eine Art des Wirtschaftens finden, die nicht mit den Grundlagen ihres eigenen Erfolgs Raubbau betreibt“, das heißt: eine Art des Wirtschaftens, die weder den Planeten, noch den Menschen überfordert. Da Arbeit in jeder Art von denkbarer Wirtschaft und Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielt, muss deren Ausgestaltung, was etwa ihren Preis, ihre Organisation, Inhalt und Status angeht, von Anfang an mitbedacht werden.

Dass dies zu selten erfolgt, und zwar sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik, zeigt Meinhard Miegel in seinem einleitenden Vortrag auf. „Offenbar“, so sein Kommentar, „reicht bei vielen nicht die Phantasie, sich erstrebenswerte Erwerbsarbeit unter veränderten Rahmenbedingungen vorzustellen.“ Diese Phantasie, verbunden mit Fachwissen aus unterschiedlichen Disziplinen, soll, so der Wunsch Meinhard Miegels, in diesem Symposium zu einer weitreichenden Befassung mit der Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft führen. Dabei ist zu beachten, so mahnt er noch vor Beginn der Diskussion, ob das Gesagte eine Wirklichkeitsbeschreibung darstellt oder prognostisch bis spekulativ ist, normativen Charakter aufweist oder als Wunschenken zu klassifizieren ist.

3. Die Rolle der Arbeit im Allgemeinen

Schon am Vorabend des Symposium war von Arbeit die Rede gewesen: Wolfgang Schmidbauer erläuterte die Bedeutung der Handarbeit für den Kopf. „Handarbeit“, so sagte er, „erfüllt Körper und Geist. Sie befriedigt beide, vor allem der Wechsel von Hand- und Kopfarbeit, bei dem die Kopfarbeit Ausrufen von der körperlichen Belastung bietet, die Handarbeit Regeneration der einseitigen Konzentration.“ Weiter verdeutlicht er: „Die Fähigkeit, körperliche Arbeit als sinnhaft erleben zu können, wirkt auf den ersten Blick trivial. Aber sie wird in der Konsumgesellschaft eine Gnade, ein Geschenk, ein

Ritual, das jenen zur Verfügung steht, die sich von der perfektionistischen Jagd nach dem Besonderen emanzipieren können.“

Auch die Diskussion, die am Tag des Symposiums auf den Einführungsvortrag von Meinhard Miegel folgt, kreist zuerst um die Rolle der Arbeit im Allgemeinen. Sinn, Anerkennung und Status sind Koordinaten, die in der Diskussion in den Vordergrund treten. All dies, so etliche Meinungen, vermittelt Arbeit, die zumeist verstanden wird als bezahlte Erwerbstätigkeit. Wo könnte, so die Frage eines Teilnehmers, Sinn außerhalb der Arbeit erzeugt werden? Durch Kultur und Bildung? Aber gälte das nicht nur für bildungsnahe Milieus? Wie steht es um die anderen?

Einen direkten Widerspruch beschwören diese Fragen herauf – und eine Warnung: Wir sollten nicht ethnozentrisch an die Frage, was sinnvoll verbrachte Zeit ist, herangehen. Je nach Kultur, je nach Bildungshintergrund, je nach Zugehörigkeit zu Ethnien, Traditionen oder Religionen können sich unterschiedliche Antworten entwickeln, von denen keine beanspruchen kann, „die richtige“ zu sein.

Neben Sinn, Anerkennung und Status werden als weitere positive Effekte der Erwerbstätigkeit genannt: die Möglichkeit zu kreativer Tätigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und zur Gestaltung von Gesellschaft. Auch die Möglichkeit zum Konsum darf man, so der Einwurf einer Teilnehmerin, nicht rein negativ konnotieren. Denn Konsum bezieht sich nicht nur auf die neuesten, zumeist nicht nachhaltig produzierten elektronischen Spielereien, sondern oft auch auf erstrebenswerte Güter etwa im Bereich der Kultur oder der Gesundheitspflege.

Nicht übersehen werden darf dabei, wie sich in der Diskussion zeigt, der mit Erwerbsarbeit immer verknüpfte Zwangscharakter. Erwerbsarbeit, zumindest abhängige, dient per se der Existenzsicherung und kann daher in ihrer derzeitigen Form nicht allgemein als ein intrinsisches Moment, ein authentisches Bedürfnis, angesehen werden.

Ein weiterer Beitrag betont: Das Leben ist eigentlich zu vielfältig, als dass eine übliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden angemessen sein kann. Es gibt mindestens vier Zeit beanspruchende Tätigkeitsfelder in einem als erfüllt und sinnstiftend anzusehenden Leben: Zeit für sich selbst, Arbeitszeit, Zeit für die Familie und den Freundeskreis sowie Zeit für etwas, das man als „Gemeinwesenarbeit“ bezeichnen könnte. Verschlingt die Erwerbsarbeit von der zur Verfügung stehenden Zeit 40 Wochenstunden, so ist deren Anteil schlichtweg zu hoch und lässt nicht genug Zeit für die anderen Tätigkeitsfelder.

4. Die Rolle der Arbeit in Abhängigkeit von den äußeren Bedingungen

Auch ein weiterer Aspekt der Arbeitszeit spricht für eine Verkürzung der üblichen 40 Wochenstunden. Gegenwärtig, so das Argument, verlieren zumindest männliche Erwerbstätige an Anerkennung und Karrierechancen, die ihre Arbeitszeit zum Beispiel auf 30 Stunden pro Woche reduzieren möchten. Würde hingegen eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden allgemein als „normal“ angesehen, wären Anerkennung und Aufstiegsmöglichkeiten nicht mehr an eine hohe Regelarbeitszeit gebunden.

Grundsätzlich zeigt sich im Verlauf der Debatte, dass die Rolle der Arbeit immer in Abhängigkeit von den herrschenden Bedingungen zu betrachten ist. Es geht nicht um individuelle Vorlieben für bestimmte Tätigkeitsfelder, zentral sind hingegen strukturelle Fragen. Deutlich wird dies bei einer historischen Betrachtung: Die heute übliche Erwerbsarbeit ist nur für eine relativ kurze historische Epoche typisch, so ein Beitrag aus der Runde.

Ein anderer Teilnehmer sieht den stärksten Einfluss auf die Rolle der Arbeit im heutigen Kapitalismus. Er muss als System, das hinter der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht, mitgedacht und mitberücksichtigt werden. Der Kapitalismus zwingt zu Wirtschaftswachstum und somit zur Orientierung

der Unternehmen an Profitmaximierung. Erwerbsarbeit ist für Unternehmen eines der Mittel, um den notwendigen Gewinn zu erzielen. Aber auch der Staat profitiert von der Erwerbsarbeit und von dem durch sie ermöglichten Konsum. Eine Teilnehmerin verdeutlicht die Zwänge, die dieses System mit sich bringt, anhand des Schicksals der Entwicklungs- beziehungsweise Schwellenländer. Mit Bezugnahme auf die „anti-politics-machine“ erläutert sie, dass Zwänge, die etwa die Weltbank schafft, Entwicklungsländern keine andere Möglichkeit lassen, als ungeachtet der bekannten Probleme auf den Pfad des Kapitalismus einzuschwenken.

Auch wenn man für das Erreichen einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft auf eine Umkehr der bestehenden Konsumorientierung setzt, sind die Rahmenbedingungen zu beachten. In Deutschland beispielsweise werden pro Jahr 30 Mrd. Euro, so die in der Diskussion genannte Zahl, für Marketing und Werbemaßnahmen ausgegeben. Wie sollen sich unter diesen Umständen größere Bevölkerungsschichten stärker vom Konsum abwenden?

5. Entwicklungsmöglichkeiten

Auch wenn die gegenwärtigen Rahmenbedingungen weder vielversprechend für mehr Nachhaltigkeit sind noch für eine veränderte Rolle der Arbeit, so wäre es zu kurz gegriffen, von den heutigen Umständen auf entsprechende Potentiale zu schließen.

Sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten sind in Betracht zu ziehen. Ein Diskussionsteilnehmer nennt bezogen auf die individuelle Perspektive drei Stadien von Luxus. Im ersten Stadium geht es darum, möglichst viel für sich selbst haben zu wollen. Im zweiten Stadium ist das Ziel, so viel zu besitzen, dass man damit „protzen“ kann. Das dritte, eher fortgeschrittene Stadium, bezeichnete er als Senioritätsstadium. Hier geht es nicht mehr darum, „über jedes hingehaltene Stöckchen zu springen“, sondern die wirklich eigenen Wünsche zu befriedigen.

Auch gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten sind mitzudenken. Die heutigen Gesellschaften sind, so ein Teilnehmer mit Bezug auf die vielfach diskutierten und an vielen Orten auffindbaren Transformationsbemühungen, „in transition“. Man darf daher nicht den jetzigen Bewusstseinsstand als Maßstab nehmen. Oder noch deutlicher, wie es eine Teilnehmerin mit klarer Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen formuliert: Man darf nicht aus der gegenwärtigen Gesellschaft auf die Menschen an sich schließen.

6. Vier Strategien zur Gestaltung der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Berichte aus den parallel laufenden Arbeitsgruppen

Der ersten Diskussionsphase in der großen Runde der Expertinnen und Experten schließen sich vier parallel tagende Arbeitsgruppen an. In ihnen werden jeweils vorgeschlagene Strategien zur Frage diskutiert, welche Rolle Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft einnehmen kann oder sollte.

7. Arbeitsgruppe 1: Höhere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung bei niedrigerer Besteuerung von Arbeit

Impulsgeber: Kai Schlegelmilch, stellvertretender Vorsitzender und Mitbegründer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Berlin
Moderation: Prof. Dr. Meinhard Miegel, Denkwerk Zukunft, Bonn
Protokoll und Bericht: Vera Elena Albrecht, Schader-Stiftung

Die erste Arbeitsgruppe widmet sich der Frage, inwiefern eine Veränderung der Besteuerung die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen kann. Einleitend stellt der stellvertretende Vorsitzende des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V., Kai Schlegelmilch, ein ökonomisches Umweltkonzept vor, das einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten soll.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist ein 1994 gegründeter gemeinnütziger Verein, der hauptsächlich Konzepte ökonomischer Umweltpolitik entwickelt und vermarktet. In diesem Zusammenhang ist das von Kai Schlegelmilch vorgestellte Konzept der ökologischen Steuerreform entstanden.

Expertinnen und Experten sind sich darin einig, dass Deutschland eine nachhaltige Entwicklung durchlaufen muss, um zukunftsfähig zu werden. Für Kai Schlegelmilch stellen sich zwei zentrale Fragen, deren Beantwortung für diese Herausforderung substanziell ist: Zum einen: Können Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden, ohne die Natur zu zerstören? Zum anderen: Wie kann ein zukunftsfähiger Pfad des Wirtschaftens eingeschlagen werden und welche Rolle kann der Staat hierbei spielen?

Die vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft vorgeschlagene Finanzreform setzt bei der Steuerverteilung an. Im Jahr 2015 waren 4,8 Prozent der eingenommenen Steuern und Abgaben Umweltsteuern, während 18,5 Prozent der Steuern auf Arbeit entfielen. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft plädiert für eine Erhöhung der Umweltsteuern, die direkt bei den Verursachergruppen ansetzen und so den Ressourcenverbrauch beeinflussen. Zugleich schlägt das Forum vor, Arbeit niedriger zu besteuern, um Anreize für mehr – vor allem ökologische – Arbeitsplätze zu schaffen. Denn gerade in der ökologischen Landwirtschaft wird beispielsweise mehr menschliche Arbeitskraft benötigt als in der konventionellen Landwirtschaft. Arbeitskraft ist ein Faktor, der den Anbau von Bio-Produkten signifikant verteuert. Mit einer Erhöhung von ressourcenorientierten Steuern einhergehend wird vorgeschlagen, umweltschädliche Subventionen abzubauen. Auf diese Weise sollen ressourcenverbrauchende Produktionsfaktoren im Vergleich zur Arbeitskraft an Attraktivität verlieren. Auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte wird vom Forum mitgedacht. Damit wird ein fiskalisches Instrument entwickelt, das Nachhaltigkeit stärker verankern soll. Durch diese Strategie sollen auch lokale Wertschöpfungsketten vorangetrieben werden. Beispielsweise soll die Entfernungspauschale als steuerliche Abzugsmöglichkeit abgeschafft werden. Diese fördert bislang insbesondere Pendelnde, die einen weiten Arbeitsweg zurücklegen und wirkt kontraproduktiv zu ökologischen Zielen.

In der anschließenden Diskussion reflektieren die Teilnehmenden die vorgeschlagene Reform vor dem Hintergrund des aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Übereinstimmend wird das veränderte Besteuerungssystem als umsetzbar eingeschätzt. Ein Teilnehmer merkt an, dass dieses Steuersystem nur in einer Marktwirtschaft funktionieren kann, die auf grünes Wachstum ausgerichtet ist. Das Modell ist demnach realitätsnah. Kai Schlegelmilch hebt hervor, dass verschiedene Maßnahmen, wie etwa die Anhebung von Heizstoffsteuern, auch ohne die Mitentscheidung des Bundesrats umgesetzt werden könnten. Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft geht davon aus, dass die Maßnahmen zeitnah politisch realisierbar sind. Allerdings haben die Themen Nachhaltigkeit und Umwelt aktuell keinen hohen Stellenwert auf der politischen Agenda, so eine Teilnehmerin. Auch stehen die

Themen mit der derzeitigen Integration von Geflüchteten in Konflikt. So wird beispielsweise dringend Wohnraum in den Ballungszentren benötigt, was nur schwer mit Prinzipien der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen ist. Ein weiteres Problem besteht in der organisierten Interessensvertretung. Zwar gibt es viele umweltpolitische Akteure, die als Lobbygruppen Einfluss auf die Politik nehmen. Aber es mangelt an einflussreichen gesellschaftlichen Akteuren, die sich für eine nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen. In diesem Zusammenhang hinterfragt ein Teilnehmer, ob die politischen Entscheidungsträger sich gegen den Einfluss der wirtschaftlichen Lobbyverbände behaupten können. Wer entscheidet überhaupt über die politische Agenda? In welchem Maße kann die Regierung ihre Steuerungsgewalt gegen organisierte Interessen durchsetzen? Entscheidend ist offenkundig, politische Mehrheiten zu schaffen, die die Etablierung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vorantreiben. Denn nur der politische Kollektivwillen kann grundlegende Veränderungen im System schaffen. Dieser ist abhängig von der Europäisierung und Globalisierung einerseits und von der Problemwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger andererseits.

Zur Zeit sind die durch die Vereinten Nationen beschlossenen Sustainable Development Goals (Ziele nachhaltiger Entwicklung) der Referenzpunkt für nationale Regierungen. In der Nachhaltigkeitsdebatte stellt sich die Frage, ob das deutsche Steuersystem einen Beitrag zum Erreichen dieser Ziele leisten kann. Die Teilnehmenden der Diskussionsrunde sind sich einig, dass die vorgeschlagene Steuerreform ein möglicher Ansatzpunkt für die Umsetzung ist. Aus marktwirtschaftlicher Sicht bleibt allerdings die Frage offen, wie die derzeitige hohe Produktivität beibehalten werden kann. Ein Teilnehmer macht die Funktionsweise unseres Wirtschaftsmodells anhand eines Beispiels deutlich: Wenn es darum geht, ein Loch zu graben, wird sich ein Unternehmer oder eine Unternehmerin für einen Bagger als Produktionsmittel anstatt einer Schaufel entscheiden. Denn obwohl der Bagger mehr Energie, also Ressourcen verbraucht, wäre die Nutzung der Schaufel teurer, weil mehr Arbeitskraft benötigt wird. Es handelt sich also um ein Auseinanderfallen zwischen dem, was Leistung erbringt, einerseits und Leistungszuschreibung durch Entlohnung andererseits. Denn obwohl Energie den Großteil der Leistung erst ermöglicht, entfällt der überwiegende Teil der Besteuerung auf die Arbeitskraft. Kai Schlegelmilch sieht bei dieser Art des Ressourcenverbrauchs den Ansatzpunkt für die vorgeschlagene Nachhaltigkeits-Strategie. Allerdings wird der Wert von Arbeit, so ein Einwand, nicht alleine durch die Arbeitskraft der Menschen bestimmt, die sie leisten. Vielmehr spielen auch Ressourcen und andere Produktionsfaktoren eine Rolle. Die benötigten Ressourcen und Faktoren werden demnach – wenn auch indirekt - ebenso besteuert wie die Arbeit.

In diesem Kontext werden mögliche Nebenwirkungen bei der Umsetzung der diskutierten Strategie deutlich: Die Umstellung der Besteuerung würde das Gesamtgefüge verändern. Der internationale Kontext muss bei dieser Diskussion berücksichtigt werden, so ein Teilnehmer. Bei einer niedrigeren Besteuerung von Arbeit in Deutschland wäre die Arbeit im internationalen Vergleich deutlich privilegiert. Welche Auswirkungen hätte eine solche Verschiebung langfristig? Die Frage stellt sich auch mit Blick auf eine Erhöhung der Energiesteuern. Kann Deutschland als Industriestandort wettbewerbsfähig bleiben, wenn Ressourcen, wie beispielsweise Stahl, höher besteuert werden? Kai Schlegelmilch sieht in der Erhöhung von Ressourcensteuern und der gleichzeitigen Reduzierung von Arbeitsbesteuerung einen Ausgleich für diese Verschiebungen.

Die bisherige Diskussion verdeutlicht: Um eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren, bedarf es einer gesellschaftlichen Transformation. Diese kann nur über viele kleine Schritte in einem langen Prozess gedacht werden, so der Konsens der Teilnehmenden. Da eine nachhaltige Gesellschaft den Menschen und seine Haltung selbst betrifft, kann es keine kurzfristige Veränderung geben. Eine Teilnehmerin plädiert dafür, vor der Komplexität der Transformation nicht zurückzuschrecken. Es gilt, eine Utopie zu zeichnen, mit dem Willen sich dieser zu nähern. Ein Schritt hin zu dieser Utopie kann, so ein Resultat der Diskussion, ein verändertes Steuersystem sein. Auch wenn Ressourcenbesteuerung in der angestrebten Utopie keine allzu große Rolle mehr spielen sollte, kann sie als „Brücke“ dienen,

um den Wandel hin zur Nachhaltigkeit zu vollziehen. Offen bleiben dennoch Fragen, die sich im Kontext mit einer gesellschaftlichen Veränderung stellen: Wie kann man die gesellschaftliche Übereinkunft, dass beliebiger Ressourcenverbrauch legitim ist, durchbrechen? Welche normative Vorstellung steht hinter dem Wohlstand, in dem wir leben? Wie kann in diesem Kontext das wachsende Bewusstsein für Nachhaltigkeit weiter gestärkt werden? Bei diesen Fragen werden während der Diskussion die Grenzen der Strategie deutlich. Wenngleich Ressourcenbesteuerung zu einem geringeren Ressourcenverbrauch führt, kann nicht endgültig davon ausgegangen werden, dass auch normative Einstellungen in der Gesellschaft davon beeinflusst werden. Auch ist aus marktwirtschaftlicher Sicht Wirtschaftswachstum, hinter dem ein enormer Ressourcenverbrauch steht, bisher das angestrebte Ziel. Hier wäre eine Transformation notwendig, die sich nicht damit begnügen kann, auf das sogenannte grüne Wachstum zu setzen. Nachhaltigkeit muss in ihrer Komplexität gedacht werden, eine veränderte Besteuerung kann demnach nur ein Schritt unter vielen nötigen sein.

Wie dringend diese gesellschaftliche Transformation benötigt wird, heben die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe mit Blick auf den fortgeschrittenen Klimawandel hervor. Das Umweltbundesamt prognostiziert bis Ende des 21. Jahrhunderts einen mittleren Temperaturanstieg in Europa von bis zu 5,5 Grad Celsius. Es bleiben noch etwa 20 Jahre Zeit, so ein Teilnehmer, um mit Nachhaltigkeitsstrategien gegen die globale Erwärmung anzugehen. Einigkeit besteht darin, dass man sich neben der Utopie auch mit einem negativen Szenario auseinandersetzen muss. Die Entwicklung hin zu nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen wird nicht immer über Strategien, wie die hier diskutierte, laufen können. Auch Anpassungsstrategien für eine sich schnell verändernde Umwelt sollten auf der Agenda stehen. Klärungsbedürftig ist beispielsweise, wie wir eine eventuell eintretende Dystopie bewältigen können. Denn die ökologisch-soziale Finanzreform kann nur in einem Wirtschaftssystem mit hinlänglich intakter Umwelt funktionieren. Wenn sich allerdings die Umweltsituation weiter so rapide verschlechtert, muss bald zu radikaleren Strategien gegriffen werden.

Auch die Digitalisierung, die immer mehr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft nimmt, wird in der Nachhaltigkeitsdebatte mitgedacht, so eine Teilnehmerin, und führt zu ambivalenten Einschätzungen: Einerseits ist durch Wecken von Statusbedürfnissen ein erhöhter Ressourcenverbrauch zu erwarten. Andererseits können technische Neuheiten, wie etwa der 3D-Drucker, einen positiven Einfluss auf Logistik und Wertschöpfungsketten im Sinne der Nachhaltigkeit erzielen. Sie kann eine neue, nachhaltigere Infrastruktur unterstützen. Denkbar ist, dass aufgrund der Transparenz von Verbrauch und Konsum umweltverträgliches Verhalten über gesellschaftliche Anerkennung zu beeinflussen ist. Allerdings wird die Digitalisierung meist als Bedrohung für eine nachhaltige Entwicklung eingeordnet. Computer ersetzen zunehmend menschliche Arbeit. Dies ist eine Entwicklung, die den Ressourcenverbrauch erhöht und Arbeitsplätze abbaut. Vielleicht ist das ein Grund dafür, so ein Teilnehmer, warum Digitalisierung nicht mit dem Thema Nachhaltigkeit auf der politischen Agenda verknüpft wird. Die digitale Entwicklung kann allerdings für das Thema Nachhaltigkeit genutzt werden, unterstreicht eine Teilnehmerin: Es gilt, die positiven Effekte zu nutzen und gleichzeitig die negativen Effekte einzudämmen. Die vorgeschlagene Finanzstrategie kann ein Mittel sein, um den durch die Digitalisierung steigenden Ressourcenverbrauch zu sanktionieren und damit zu reduzieren. Die Frage, welches Verhältnis von Technik und Arbeit die Gesellschaft anstreben soll, kann im nachhaltigen Sinne durch die Steuerverschiebung mitgedacht werden.

8. Arbeitsgruppe 2: Kürzere Arbeitszeiten für eine zukunftsfähige und menschenfreundliche Verteilung der Arbeit

Impulsgeber: Dr. Michael Kopatz, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Moderation: Stefanie Wahl, Denkwerk Zukunft

Protokoll und Bericht: Monika Berghäuser, Schader-Stiftung

Sozial-kulturelle Transformation zur Nachhaltigkeit: Erwerbsarbeit „fairteilen“

Die zweite Arbeitsgruppe widmet sich Fragen der Arbeitszeitverkürzung. Michael Kopatz vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie führt mit seinem Impulsvortrag „Kürzere Arbeitszeiten für eine zukunftsfähige und menschenfreundliche Verteilung der Arbeit“ in das Thema ein.

Wird die zur Verfügung stehende Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung gleichmäßiger verteilt, so liegt darin Michael Kopatz zufolge ein Ansatz zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, der mehr Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung verspricht als die bislang praktizierte Wachstumspolitik, die mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung betrieben wird.

Dazu stellt Michael Kopatz das Konzept einer „Kurzen Vollzeit für alle“ als neue Form der Vollbeschäftigung vor: In Orientierung an einer Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 30 Stunden können Beschäftigte, angepasst an ihre persönliche und wirtschaftliche Situation, den Umfang ihrer Arbeitszeit flexibel gestalten. Arbeitszeitverkürzung – Arbeit zu „fairteilen“ – ist möglich, wie das Instrument der Kurzarbeit belegt, aber es bedarf flankierender Maßnahmen. Bereits seit 2001 gewährt das Teilzeitgesetz bei entsprechender Einkommensminderung einen individuellen Rechtsanspruch auf kürzere Arbeitszeiten, den in der Praxis allerdings nur wenige Arbeitnehmer geltend machen. Michael Kopatz fordert die Weiterentwicklung zu einem Wahlarbeitsgesetz, das den Entscheidungsspielraum auf Arbeitnehmerseite vergrößert. Daneben schlägt er die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten vor, die einen Wechsel zwischen Mehrarbeit, kürzerer Arbeitszeit bis hin zu Auszeiten ermöglichen und sowohl dem Bedarf von Unternehmen als auch den Zeitwünschen von Beschäftigten in unterschiedlichen Lebensphasen Rechnung tragen.

Für Arbeitnehmer im Niedriglohnssektor stehen kürzere Arbeitszeiten ohnehin nur dann zur Debatte, wenn eine Ausgleichskomponente Lohneinbußen abmildert. Das kann eine negative Einkommenssteuer sein, finanziert aus den eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit. Besserverdienende werden durch einen moderaten Einkommensverzicht möglicherweise zu einem bewussteren Konsumverhalten veranlasst. Derzeit nimmt mit der Höhe des Einkommens auch der Natur- und Energieverbrauch zu.

Was gewinnen die Einzelnen? Statt sich ganz überwiegend auf ihre erwerbswirtschaftliche Tätigkeit zu konzentrieren, steht ihnen mehr Zeit für andere Formen der Arbeit zur Verfügung. Michael Kopatz unterscheidet zwischen Sorgearbeit, also Erziehung und Pflege, Eigenarbeit, die Tätigkeiten zur alltäglichen Lebensführung und etwa Reparatur- und Gartenarbeiten umfasst, sowie Freiwilligenarbeit für das Gemeinwohl, die, wie empirische Studien belegen, besonders zur Lebenszufriedenheit beiträgt. Die Menge des verfügbaren Geldes hingegen spielt im Hinblick auf das individuelle Wohlbefinden die geringste Rolle, auch das zeigen Umfragen.

Gerade in Deutschland ist die Zahl der geleisteten Überstunden vergleichsweise hoch. Mit einer gesellschaftlich akzeptierten „Kurzen Vollzeit“ können diejenigen, die bisher überdurchschnittlich viel gearbeitet haben, nach Michael Kopatz' Einschätzung Stress und Hektik abbauen und durch eine ausgeglichene Arbeit-Freizeit-Balance ihre Lebensqualität verbessern. Nicht zuletzt erleichtert eine generell reduzierte Arbeitszeit die gerechtere Verteilung von Erwerbstätigkeit und Aufgaben wie Familien- und Erziehungsarbeit zwischen Männern und Frauen.

Kürzere Arbeitszeiten als Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft?

Tragen kürzere Arbeitszeiten tatsächlich zu einer ressourcenschonenden, ökologisch und finanziell tragfähigen sowie menschengemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bei? Im Gespräch, das sich dem Impulsvortrag anschließt, gehen die Meinungen auseinander: Ja, Arbeitszeitverkürzung ist eine Antwort auf ökologische Fragen, denn Ressourcenknappheit und Klimawandel erfordern eine absolute Reduktion der Arbeitsproduktivität. Nein, wird dem entgegengehalten, um das Ziel Nachhaltigkeit zu erreichen, bieten sich reduzierte Arbeitszeiten nicht als direkter Weg an.

So bildet der vorherrschende Wachstumsgedanke ein starkes Hindernis für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung: Die Autoindustrie verhindert damit ein Tempolimit auf Autobahnen, Flughäfen müssen wachsen. Genügt eine mit wirkungsvollen Argumenten untermauerte Arbeitszeitstrategie, um dem etwas entgegenzusetzen?

Hier besteht Skepsis. Egal ob Smartphone oder Kinderbuggys – es existiert ein ressourcenvergeudender Zwangsverbrauch. Ein Beispiel: Wegwerf-Rührstäbchen für den Kaffeebecher sind höchstens zwei Minuten im Einsatz. Hergestellt aus Plastik überdauern sie zweihundert Jahre, ein Holzstäbchen ist nach einem Jahr rückstandslos kompostiert. Die Regulierung der Produktion, auch ihrer stofflichen Seite, hängt von der Angebots- und nicht von der Nachfrageseite ab, und es wird mehr angeboten, als wir benötigen. Allein durch kürzere Arbeitszeiten gelingt nach dieser Ansicht die Transformation zur Nachhaltigkeit nicht. Im Zuge einer stärkeren Produktregulierung werden Arbeitsplätze verlorengehen, aber das müsste akzeptiert werden. Mit einem verringerten Erwerbsarbeitsvolumen und höheren Preisen für Ressourcen, so wird beigeplant, ist eine Veränderung machbar.

Hat Arbeitszeitverkürzung einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen zur Folge? Nach Einschätzung eines Teilnehmers führt eine Reduzierung der Arbeitszeit nicht automatisch zu weniger Arbeitslosigkeit. Zwar kommt es kurzfristig zu einem Mangel an Arbeitskräften, der sich aber mittelfristig ausgleichen wird. Diesem temporären Engpass wird unter der Voraussetzung guter Rahmenbedingungen eine gewisse Zugkraft attestiert, auch im Hinblick auf den Abbau struktureller Arbeitslosigkeit. Insgesamt, damit rechnet ein weiterer Gesprächsteilnehmer, wird das Erwerbspersonenpotential in Europa, außer im Fall extremer Zuwanderung, abnehmen. Wenn dadurch die Arbeitslosenzahlen zurückgehen, ist mit dieser Entwicklung eine Grundlage für das Funktionieren des ökologischen Umbaus gegeben.

Kürzere Arbeitszeiten – politisch umsetzbar? Mit welchen Maßnahmen?

Wie Michael Kopatz betont, lässt sich eine „Kurze Vollzeit“ weder einfach verordnen, noch werden für eine Realisierung Appelle ausreichen. Vielmehr sind flankierende Maßnahmen und Konzepte erforderlich, wobei der 7-Stunden-Tag und die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie bereits funktionieren.

Einige Gesprächsteilnehmer heben die besondere Bedeutung von Freiwilligkeit anstelle verbindlicher Standards hervor. Nach ihrer Ansicht muss der Weg zur Arbeitszeitverkürzung auf freiwilliger Basis, nicht auf gesetzgeberischem Weg gegangen werden. Statt ein neues Normalarbeitsverhältnis zu konstituieren, halten sie es für erfolgversprechender, dort anzusetzen, wo bereits Veränderungswünsche bestehen. So finden etwa Instrumente wie die Elternzeit zunehmend Akzeptanz. Also, wird gefolgert, können neue Konzepte eine soziale Wende initiieren. Unter diesen Voraussetzungen wird freiwilligen Formen der Arbeitszeitverkürzung sogar ein immenses Volumen zugeschrieben. Doch auch wer den Aspekt normativer Wünschbarkeit anspricht, hält es für notwendig, zuerst Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach ihren Vorstellungen zu fragen.

Die Perspektive der Arbeitgeberseite

Was die Haltung von Unternehmen zu kürzeren Arbeitszeiten angeht, sind die Meinungen in der Arbeitsgruppe ebenfalls geteilt. Einige schätzen die Chancen für deren Umsetzung derzeit als gering ein,

zumal auf Arbeitgeberseite ein Arbeitszeitmodell als erstrebenswert gilt, das wie ein Wasserhahn funktioniert: an- oder abstellbar, je nachdem, in welchem Umfang Arbeitszeit benötigt wird. Wobei dieses Maß an Disponierbarkeit oft nicht zu den Wünschen der Arbeitnehmer passt.

Demgegenüber steht der Einwand, dass Arbeitgeber zunehmend auf die Vorstellungen von Beschäftigten Rücksicht nehmen, insbesondere da die Suche nach qualifizierten, speziell jüngeren Fachkräften mit starren Arbeitszeitmodellen nicht gelingt. Insgesamt, lautet eine Feststellung, verändert sich allmählich das Bewusstsein auf Arbeitgeberseite. Positiv wirkt sich aus, wenn Führungskräfte sich für Teilzeit entscheiden. Für den Erfolg, gleich welcher Strategie, sind die Arbeitgeber mit ihren Bedürfnissen mit ins Boot zu holen.

Arbeitszeitverkürzung aus Arbeitnehmersicht

Die Interessen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sind für eine eindeutige Position zu verschieden. Gewerkschaften, etwa Verdi und IG Metall, thematisieren im Rahmen ihrer neuen Arbeitszeitpolitik eine reduzierte Vollzeit sowie flexible und familientaugliche Schichtmodelle. Doch welches Konzept der Arbeitszeitverkürzung – Lebensarbeitszeit, Jahresarbeitszeit, tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit – zu favorisieren ist, darüber besteht auf Arbeitnehmerseite keine Einigkeit.

Sind Präferenzen von Erwerbstätigen erkennbar? Wie empirisch belegbar ist, haben ältere, in Vollzeit beschäftigte Arbeitnehmer oft ein starkes Interesse daran, Arbeitszeit abzubauen. Bei vielen Teilzeitbeschäftigten besteht der Wunsch nach Umverteilung oder Verringerung der täglichen Arbeitsstunden. Für eine reduzierte Arbeitszeit entscheiden sich eher die, die weniger qualifizierte Berufe ausüben.

Wollen Beschäftigte den Zeitgewinn?

Was spricht aus der Sicht Erwerbstätiger gegen kürzere Arbeitszeiten? Auch hier verbieten sich nach Meinung der Teilnehmenden pauschale Betrachtungsweisen. Es gibt diejenigen, die mehr arbeiten wollen, weil sie mehr Geld brauchen. In anderen Fällen spielt nicht so sehr der Verdienst, sondern die Identifizierung mit der Tätigkeit eine Rolle, wenn Beschäftigte mehr Zeit mit Arbeit verbringen möchten, und das, wird betont, hat durchaus seine Berechtigung.

Ungeachtet des Produktivitätsgewinns, so die weitere Überlegung, ist im „Zeit-Geld-Wettbewerb“ aber eine Präferenzbildung zugunsten des Geldes und zum Nachteil der Zeit festzustellen. Es besteht ein Mangel an Ideen und Vorstellungskraft in Bezug auf Alternativen zum Arbeitsmarkt. Wie gelingt eine Neujustierung von präferenzbildenden Faktoren? Insoweit wird Bedarf an einer institutionellen Umgestaltung diagnostiziert: Opportunitätskosten in Form entgangenen Erwerbseinkommens sind durch reale Optionen für eine andere Lebensweise, die dem Zeitgewinn gewidmet ist, tolerierbar, wenn nicht wünschbar zu machen. Ein beispielhafter Ansatz mit Elementen der Freistellung von Erwerbszwecken findet sich in den Vorschlägen von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig für eine Familienarbeitszeit mit geringen Einkommenseinbußen.

Maßnahmen zur politischen Umsetzung kürzerer Arbeitszeiten

Eine Transformation wird, so eine Prognose, allein durch Bildungsmaßnahmen und eine Veränderung des Bewusstseins nicht gelingen. Vielmehr sind die politischen Rahmenbedingungen zu verändern. Als Vorbild kann die Realisierung höherer Energiesparstandards im Wohnungsbau dienen. Teil einer Ermöglichungsstruktur für diejenigen, die ihre Arbeitszeit verkürzen wollen, sind Maßnahmen im Bereich des Lohnausgleichs. Für die unteren Einkommen ist er unabdingbar, auch um eine noch stärkere Lohnspreizung abzumildern. Ein voller Lohnausgleich, wird betont, ist nur realistisch, wenn Unternehmen Gewinne erzielen.

Flexibilisierung durch ein Modell lebensphasenorientierter Arbeitszeit kann beispielsweise pro Dekade Arbeitszeit ein Frei-, Gemeinschafts- oder „Mußejahr“ vorsehen, das durch Umschichtung finanziert wird. Dabei soll grundsätzlich freigestellt sein, wie diese Zeit zu nutzen ist. Um Lebensphasenmodelle zu etablieren, wird eine gesetzliche oder tarifliche Regelung für erforderlich gehalten, die unter anderem festlegt, dass „angesparte“ Stunden beim Arbeitsplatzwechsel gegenüber einem neuen Arbeitgeber in Ansatz gebracht werden können.

Den Stellenwert einer Grundsicherung hebt eine Reihe von Beiträgen hervor. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich Nicht-Erwerbsarbeit leisten will, ist auf derartige stützende Rahmenbedingungen angewiesen. Da ein partielles Grundeinkommen auch auf subjektiver Ebene die Gleichwertigkeit fördert, trägt es zum Gelingen eines Bewusstseinswandels bei. Ökologische Notwendigkeiten werden tolerierbar und zumutbar. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich ein umweltpolitischer Effekt, der nach dieser Argumentationslinie allein durch Arbeitszeitverkürzung nicht zustande kommt.

Ein Vorschlag geht dahin, ein temporäres Grundeinkommen zu schaffen, das ab einem Alter von 28 Jahren für insgesamt zehn Jahre bezogen werden kann, abrufbar in „Paketen“ von sechs Monaten, wobei der Status als Erwerbstätiger erhalten bleibt. Ein anderes vorgestelltes Modell, Basic Capital oder Grundkapital, hebt die Verpflichtung zu lebenslanger Erwerbstätigkeit auf: Jeder erhält im Anschluss an Studium oder Lehre 60.000 Euro, die investiv, nicht konsumtiv einzusetzen sind. Der dafür pro Jahr erforderliche Betrag von 30 Milliarden Euro ist zunächst für den Zeitraum von dreißig Jahren zu finanzieren. Anschließend soll eine 100%-prozentige Erbschaftssteuer als Finanzierungsquelle dienen, mit der ohne eigenes Zutun gewonnenes Vermögen umverteilt wird.

Weitere flankierende steuerliche Maßnahmen werden für erforderlich gehalten, da eine verkürzte Erwerbsarbeit ein geringeres Aufkommen an Lohn- und Einkommenssteuer zur Folge hat. Ein Steuersystem mit mehr direkten Steuern soll das erforderliche Finanzierungsvolumen, etwa für eine Grundsicherung, erbringen. Doch, wird gefragt, sind Konsum- oder Produktsteuern konsensfähig? Einige Teilnehmende halten direkte Formen der Besteuerung für ungerecht, da ökologisch „wahre“ Preise die weniger Wohlhabenden benachteiligen. Weitere Instrumente – Ökobonus, ökologische Budgets, CO₂-Card und Parallelwährungen – werden im Rahmen des Gesprächs erwähnt.

Mit welchen nachteiligen Folgen kürzerer Arbeitszeiten ist zu rechnen?

Die volkswirtschaftlichen Folgen einer Arbeitszeitverkürzung und einem daraus resultierenden Rückgang an Arbeitskraft und sinkendem Stundenvolumen sind, auch in Anbetracht des demographischen Wandels, unklar. Um nachteilige Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich zu mildern, wird jeder massiven Reduktion, die schlagartige Effekte auslöst, eine Absage erteilt. Vielmehr ist einer organischen Anpassung der Arbeitszeit der Vorzug zu geben. Die Grenze, die zwischen beiden Entwicklungsvarianten verläuft, muss mit Vorsicht betrachtet werden. In diesem Zusammenhang wird die Frage nach der Finanzierbarkeit sozialer Sicherung in einer Wirtschaftsordnung ohne Wachstum angesprochen. Es bleibt offen, ob soziale Sicherung Wachstum voraussetzt oder über andere Abgaben finanziert werden müsste oder könnte.

Welche Konsequenzen haben kürzere Arbeitszeiten für Gestaltung und Qualität der Arbeit? Folgt eine Verdichtung und Intensivierung der Anforderungen? Bereits jetzt ist die Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit perforiert. Zum Beispiel beziehen Großunternehmen Sportangebote in die betrieblichen Abläufe ein. Dagegen findet Qualifizierung, etwa das Studium von Fachzeitschriften, am Wochenende statt. Geraten mehr Beschäftigte in eine „Teilzeitfalle“ und müssen geringere Aufstiegschancen und eine schlechtere Altersabsicherung in Kauf nehmen?

Liegt in einem Zeitgewinn ein Gewinn an Lebensqualität? Freie Zeit ist beim heute vorherrschenden Lebensstil nur erstrebenswert, wenn sie mit Geld unterlegt ist. Zeit ohne Geld ist oft langweilig, so

eine Einschätzung. In anderen Lebensformmodellen hingegen kann die Transformation gelingen, etwa wenn eine Grundsicherung zu einer nicht so stark von Geld abhängigen Freizeitgestaltung beiträgt. Noch geht der Trend in Deutschland zu längeren Arbeitszeiten. Umso mehr kommt es in einer konsum- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch im Interesse zukünftiger Generationen darauf an, über Aufteilung von Arbeit und die sinnvolle Nutzung zu gewinnender Zeit nachzudenken.

9. Arbeitsgruppe 3: Personalintensive Dienstleistungen und Instrumente zur Existenzsicherung

Impulsgeber: Prof. Dr. Franz Segbers, Philipps-Universität Marburg

Moderation: Alexander Gemeinhardt, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Tyll Birnbaum, Schader-Stiftung

Vier Thesen

Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Ausbau personalintensiver Dienstleistungen sowie der Einführung von Instrumenten der Existenzsicherung zur Entkopplung von Arbeit und Einkommen. In seinem Impuls bietet Franz Segbers von der Philipps-Universität Marburg einen Einstieg und mögliche Ansatzpunkte für Veränderungen im Bereich der personalintensiven Dienstleistungen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Tatsache, dass die Pflegebranche derzeit Jobmotor Nummer Eins in Deutschland ist. Der Zuwachs an Beschäftigten ist in sozialen und pflegerischen Dienstleistungen höher als in der Wirtschaft oder dem Handel.

Vor diesem Hintergrund fasst Franz Segbers seine Ausführungen in vier Thesen zusammen, die als Ausgangspunkt für die folgende Diskussion dienen:

1. Es entwickelt sich im Übergang von fordistischer zur Dienstleistungsgesellschaft im Schatten von industrieller, hoch qualifizierter Dienstleistungsarbeit ein Segment einfacher, personalintensiver und personennaher Dienstleistungen. Dieser Arbeitssektor ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil weiblicher und migrantischer Beschäftigten und geringe Entlohnung. Das Arbeitsverhältnis ist häufig prekär und wird gesellschaftlich kaum honoriert. Es fehlt ein geeigneter Bewertungsmaßstab, um die bislang auf ökonomischer Produktivität basierenden, normativen Zuschreibungen zu ergänzen.
2. Die Zukunft der Arbeit ist die Dienstleistungsarbeit. Dienstleistungen werden zum entscheidenden Arbeitssektor und sind zudem nachhaltig, da diese Form der Arbeit nicht von Natur aus an den Verbrauch von Ressourcen geknüpft ist.
3. Es droht der Rückfall in eine Dienstbotengesellschaft, wie es sie im 19. Jahrhundert gab. Damit wird die Tendenz beschrieben, dass sich Familienmitglieder mangels Alternativen und Vermögen um die Pflege wohlhabender Familien statt ihrer eigenen kümmern müssen.
4. Personalintensive Dienstleistungen und gesellschaftliches Engagement können durch ein partielles Grundeinkommen ermöglicht und abgesichert werden. Ziel ist, für einen Raum zu sorgen, in dem nicht das Streben nach Gewinn herrscht. Dieser Raum soll zum Beispiel die Pflege nach dem tatsächlichen Bedarf der Pflegebedürftigen organisieren und nicht – wie derzeit – danach, wer wieviel bezahlen kann. Franz Segbers unterscheidet hier zwischen öffentlichen Gütern, die nach dem Bedarf, und unternehmerischen Tätigkeiten, die durch Gewinnerzielungserwartungen gesteuert werden. Wenn die Bereitstellung personennaher sozialer Arbeit wie der Bildungs-, Gesundheits- und Betreuungsarbeit in einer sozialen Demokratie zu den öffentlichen Gütern gehört, dann muss für deren Finanzierung der Staat eintreten. Die Bereitstellung personennaher Dienstleistungen zur Berücksichtigung der Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern ist Franz Segbers zufolge ein öffentliches Gut.

Die Strategie sieht vor, zeitliche wie auch materielle Ressourcen in Form eines partiellen Grundeinkommens und „atmender Lebensverläufe“ bereitzustellen. Dies ist in erster Linie auf politischer Ebene umsetzbar. Der Staat muss ausgleichen, was der privatwirtschaftliche Sektor nicht gewährleistet: die Arbeit im Care-Bereich existenzsichernd und sozial abgesichert zu gestalten, damit dieser allen Bürgerinnen und Bürgern bedarfsgerecht zugänglich ist.

Politische Umsetzbarkeit und erforderliche Maßnahmen

Einen großen Teil der folgenden Diskussion nehmen die politische Umsetzbarkeit der vorgestellten Thesen und die dafür erforderlichen Maßnahmen ein. Zunächst stellt sich die Frage, wie genau das vorgeschlagene partielle Grundeinkommen gestaltet werden soll. Dazu betont der Impulsgeber, dass es sich bei dieser Maßnahme nicht um ein allgemeines Grundeinkommen handelt, wie es in zahlreichen Diskussionen auftaucht. Es handelt sich um ein partielles Grundeinkommen, das sich auf Bereiche, die nicht erwerbswirtschaftlich organisiert sind, beschränkt und deren Umsetzung im Sinne eines öffentlichen Gutes eine staatliche Aufgabe ist. Konkret kann dies über einen Ausbau des Pflegegeldes erreicht werden. Es gilt, die vorhandenen Stärken des Sozialstaates und der sozial ausgerichteten Demokratie zu nutzen. Dies spricht dafür, dass die Strategie politisch umsetzbar ist. Notwendig dafür ist allerdings der politische Wille.

Ein Beitrag gibt allerdings zu bedenken, dass die Bereitstellung personennaher sozialer Arbeit faktisch kein öffentliches Gut ist. Vielmehr handelt es sich um eine normative Festlegung, an dieser Stelle von einem öffentlichen Gut zu sprechen. Die Umsetzung dieser Strategie ist in erster Linie eine rhetorische Aufgabe im Sinne von Überzeugungsarbeit. Dazu müssen auch die verwendeten Begriffe eindeutig definiert und vorhandene Denkgewohnheiten hinterfragt werden. Die zentrale Rolle von normativen Zuschreibungen und rhetorischen Aushandlungen zeigt sich beispielhaft an der Bereitschaft, Steuern zu zahlen: Während einige Gesellschaften ihr Gemeinwohl auf diesen Zahlungen aufbauen und diese als Dienst an der Gesellschaft empfunden werden, gilt es in anderen Ländern als besonders clever, möglichst viele Steuern zu sparen. Doch wie entstehen eigentlich diese gesamtgesellschaftlichen Wertsetzungen? Für eine Veränderung, so eine Feststellung, müssen die dominanten Denkstrukturen benannt, kritisiert und schließlich verändert werden. Es gilt außerdem, Pfadabhängigkeiten zu erkennen, um geeignete Modelle von ungeeigneten zu unterscheiden, bevor diese angewandt werden.

Ein anderer Beitrag sieht das zentrale Problem als ein Verteilungsproblem. Die Definition von Arbeit muss an die aktuellen Probleme angepasst werden und Verteilungsmechanismen müssen in den Mittelpunkt der Analyse rücken. Es handelt sich bezogen auf die OECD-Länder nicht um eine Volumens- sondern eine Verteilungsfrage von Ressourcen. Wie aus einem Arbeitnehmersozialstaat ein Bürgersozialstaat werden kann, ist durch eine demokratische Debatte zu lösen. Bislang finden sich am Produzenten ausgerichtete Strukturen, die Wertigkeiten kapitalistisch organisieren. Politisch lässt sich das nur über einen gesellschaftlichen Diskurs ändern, indem diejenigen Bereiche, die dem Markt entzogen werden sollen, verhandelt werden.

Ein weiterer Beitrag schlägt vor, Bürgerrechte an Bürgerpflichten zu koppeln. Aus dem Recht auf Pflege lässt sich so auch die Pflicht zur Pflege ableiten. Grundgedanke ist, dass es zu einer solidarischen Gesellschaft gehört, Pflege zu leisten. Politisch umsetzbar ist dies zum Beispiel über eine Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes.

Die Diskussion zeigt, dass es bestehende Ansatzpunkte gibt, die im Rahmen von Maßnahmen zu einer Umsetzung geeignet sind. Dazu zählen insbesondere der Ausbau des Pflegegeldes im Sinne eines partiellen Grundeinkommens oder der Bundesfreiwilligendienst als Einrichtung zur Organisation von Bürgerpflichten. Voraussetzung ist bei der Umsetzung von Maßnahmen allerdings der politische Wille. Es bleibt offen, wie dieser gewährleistet werden kann. Einig sind sich die Teilnehmenden darin, dass dies in erster Linie durch demokratische Aushandlungen in der Gesellschaft geschehen soll.

Welchen Beitrag leistet die Strategie zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft?

Aus weiteren Beiträgen wird deutlich, dass die Veränderung der Wertigkeit von personalintensiven Dienstleistungen ein wesentlicher Bestandteil einer ressourcenschonenden, ökologisch und finanziell tragfähigen sowie menschengemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung je nach Szenario sein könnte. Grund für diese Annahme ist das Vorbild Skandinavien, wo der gesellschaftliche Status dieser Arbeitsbereiche deutlich höher ist. Deutschland befindet sich dagegen, so eine Meinung, derzeit auf

dem Holzweg in eine prekäre Dienstleistungsgesellschaft. Diese sogenannte „Low Road“ gilt es zu verlassen, um einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft näher zu kommen. Ob die vorgeschlagene Strategie dazu allerdings geeignet ist, wird kontrovers diskutiert. Während ein Teilnehmer davon ausgeht, dass ein partielles Grundeinkommen im Pflegesektor das Recht auf Freiheit von materieller Not und existenzieller Furcht umsetzen kann, macht ein anderer Teilnehmer darauf aufmerksam, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen – trotz der theoretisch möglichen Folgen – abhängig vom tatsächlichen Szenario sind. Aktuell scheint es schwierig zu sein, den Beitrag dieser Strategie zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft vorherzusagen. Es gilt, weitere Einflussfaktoren in die Analyse mit einzubeziehen. Welche Rolle kann die Technik spielen? Inwiefern muss die Digitalisierung beachtet werden? Eine Teilnehmerin stellt fest, dass die Digitalisierung an ihre Grenzen stößt, wenn es um personennahe Dienstleistungen in der Pflege geht. Maschinen sind bislang für Dienstleistungen am Menschen nicht gewollt. Allerdings ist der Einsatz von Technologie teilweise deutlich ressourcenschonender, als die gleiche Arbeit von Menschen verrichten zu lassen. Personalintensive Dienstleistungen sind nicht inhärent ressourcenschonend, so eine Feststellung. Lässt sich die Technologie verbessern, um diese für nachhaltigere Arbeitspraktiken nutzen zu können?

Ein weiterer Beitrag kritisiert an der Strategie, dass diese einen Gesellschaftsentwurf aus einem einzelnen Bereich, nämlich der Pflege, ableitet. Prekäre Arbeit findet sich zudem nicht nur in diesem Arbeitssektor. Die Wertigkeit und Bezahlung von Handwerken wie dem Haarschneiden oder auch das Taxifahren bleiben sonst von den möglichen positiven Folgen ausgeschlossen. Eine weitere Herausforderung ist die Einordnung von informeller Arbeit. Private Arbeit, Schwarzarbeit oder ehrenamtliche Arbeit bleiben bei einer auf personennaher Dienstleistung beruhenden Strategie ohne Beachtung, obwohl diesem Bereich sowohl auf individueller als auch auf wirtschaftlicher Seite große Bedeutung zukommt. Die Einschätzungen über den Beitrag der hier behandelten Strategie sind demnach ambivalent. Während ein Teil der Arbeitsgruppe in der Umsetzung dieser Maßnahmen einen Schritt zu mehr Autonomie und Freiheit sieht, hinterfragt der andere Teil diese Einstellung und sieht weiteren Klärungsbedarf.

Unerwünschte Neben- und/oder Folgewirkungen

Die Diskussion zeigt, wie schwierig es ist, die tatsächlichen Folgen der behandelten Strategie zu benennen. Dies gilt auch für unerwünschte Neben- und Folgewirkungen. Ein Grund dafür ist, dass es sich bei den Prämissen der Strategie um normative Grundentscheidungen handelt. Diese sind schwer vorauszusehen und in ihren Folgen, so wird aus den Beiträgen deutlich, von bestimmten Szenarien abhängig. Ein Teilnehmer macht allerdings auf strukturelle Schwächen der Strategie aufmerksam, die sich negativ auswirken können. Durch einen starken Sozialstaat, der die Grenzen für den personennahen Arbeitssektor setzt, kann auch das genaue Gegenteil der gewünschten Folgen eintreten: Das Recht für alle wird dadurch eher eingeschränkt als etabliert. Dem steht die Position gegenüber, dass es die Aufgabe des Staates ist, soziale Rechte zu schützen und umzusetzen. Die Freiheit für alle muss daher der Kern staatlicher Intervention sein. Diese soll sich auf ausgewählte Bereiche beschränken. Außerdem, so die weiterführende Überlegung, können Daseinsvorsorge und Care-Arbeit nicht über den Markt organisiert werden, sondern sind als öffentliche Güter durch den Staat zu organisieren.

Die Diskussion zeigt auch, dass der Blick auf dieses Thema breiter aufgestellt sein muss. Sonst besteht die Gefahr, dass durch die Vernachlässigung von Technologie und Digitalisierung eine ressourcenschonende, ökologisch und finanziell tragfähige sowie menschengemäße Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus dem Blick gerät. Gleichzeitig gilt es, den Fokus nicht länger auf Deutschland zu legen, sondern internationale Verflechtungen zu berücksichtigen, um unerwünschten Folgen vorzubeugen.

10. Arbeitsgruppe 4: Veränderte Produktions- und Absatzprozesse durch Gemeinschaftsgüter und Prosumenten

Impulsgeberin: Dr. Friederike Habermann, freie Wissenschaftlerin

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Oliver Müller M.A., Schader-Stiftung

Die vierte Arbeitsgruppe eröffnet mit einem Impuls von Friederike Habermann, die gleich zu Beginn zwischen einem intrinsisch motivierten „Tätigsein“ und einem erwerbsmotivierten „Arbeiten“ als Grundlage ihrer Argumentation differenziert. Ihr Anliegen ist es, Dichotomien aufzubrechen, so zum Beispiel zwischen Leistung/Faulheit oder Arbeit/Nicht-Arbeit, um auf diesem Wege entwerteten Formaten der Arbeit zu gesellschaftlicher Anerkennung zu verhelfen. In diesem Sinne plädiert Friederike Habermann für einen kulturellen Wandel der Arbeits- und Wirtschaftsweisen „von unten“, dessen Veränderungspotenziale sie vor allem in der Praxis des Commoning angelegt sieht. Das Commoning setzt an zwei zentralen Prinzipien an: Zum einen am Zugang zu und der Inbesitznahme von Gütern. An die Stelle des Privateigentums tritt die aktive Nutzung, denn im Rahmen des Commoning verlieren abstrakte Eigentumstitel ihre Bedeutung. Es zählt allein, wer was tatsächlich (ge-)braucht. Auf diese Weise entsteht eine Bedürfnisökonomie, deren Ziel nicht mehr die endlose Profitmaximierung *Causa sui* auf Kosten begrenzter Ressourcen ist, sondern die Befriedigung endlicher Bedürfnisse. Zum anderen setzt die Strategie am Charakter der Arbeit an, die sich in einer commonsbasierten Wirtschaftsweise diesseits der Tauschlogik (Arbeit gegen Geld gegen Status) organisiert. Arbeit erfolgt in der Praxis des Commoning als freiwilliger Beitrag, dessen Motivation in einem Bedürfnis, „tätig zu sein“, wurzelt. Auf diese Weise wird die Spaltung zwischen Produktion, Reproduktion und Konsumtion in der Figur des Prosumenten überwunden.

Auf der Grundlage von Friederike Habermanns Eingangsplädoyer entspinnt sich eine lebhafte Diskussion, in deren Zentrum Fragen nach dem Geltungsbereich des Commons-Prinzips als Gesellschaftsmodell, nach dessen (politischer) Umsetzbarkeit und seinen möglichen Neben- und Folgewirkungen stehen.

Beitrag zur Ressourcenschonung

Gleich am Anfang der Diskussion wird deutlich, dass unter den Teilnehmenden der Arbeitsgruppe hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit einer solchen Strategie keine Einigkeit herrscht. Als Argument für die ressourcenschonende Dimension einer commonsbasierten Wirtschaftsweise werden die Vorteile einer dezentralen, bedürfnisorientierten Güterproduktion ins Feld geführt. Gegenüber einer zentralisierten, profitorientierten Produktion, hätte diese den Vorteil, bedarfsgerecht und lokal differenziert zu produzieren. An die Stelle des Strebens nach potenziell immer weiteren Gewinnen tritt die Befriedigung endlicher Bedürfnisse. Zudem ist eine stabile Ressourcennutzung in der Logik des Commoning bereits angelegt, wie einer der Teilnehmenden anmerkt. Die gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung eines Gutes fördert das Bewusstsein für eine Minimierung der Risiken hinsichtlich der eigenen Lebensgrundlagen. Im Gegensatz zur derzeitigen Steigerungskette der Risiken durch Technologien wie das geo-engineering oder den Einsatz von Gentechnik, deren Folgen nicht absehbar sind, zielt eine commonsbasierte Wirtschaftsweise primär auf die Minimierung ungewünschter Nebenwirkungen und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Dass die Commons-Logik nicht nur für nicht-rivale Güter wie Leuchttürme, Deiche oder Wissensressourcen wie Wikipedia gilt, sondern auf alle möglichen Arten von materiellen Gütern ausgedehnt werden kann, das bezweifelt einer der Ökonomen in der Runde. Viele Güter sind rival in der Nutzung; so zum Beispiel natürliche Gemeingüter wie Wasser, Land oder Wald. Es ist davon auszugehen, dass der freie Zugang zu rivalen Gütern zu deren privater Inbesitznahme mit der wahrscheinlichen Folge der Übernutzung führt. „Woher kommt der Optimismus, dass man jedes Gut als Common verhandeln

kann?“ fragt der Ökonom. Einig sind sich die Teilnehmenden in dem Punkt, dass es zum Schutz der Commons gemeinschaftlich vereinbarter Regelungen bedarf, wie diese genutzt und gepflegt werden. Die von Garrett Hardin im Jahr 1968 postulierte „Tragik der Allmende“, so der Titel seines vielbeachteten Essays in der Zeitschrift Science, das heißt die unrechtmäßige Aneignung und Übernutzung einer gemeinschaftlichen Ressource, erscheint aus Commons-Perspektive nicht als notwendige Konsequenz. Denn die gemeinschaftliche Nutzung eines Gutes erfordert die Verständigung darüber, wie der Zugang, die Nutzung und die Bereitstellung im Rahmen eines lokalen Gemeinschaftsgütermanagements geregelt werden.

Politische Umsetzbarkeit

Im Verlauf der Diskussion zeigt sich rasch, dass die politische Umsetzbarkeit einer commonsbasierten Wirtschaftsweise an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft ist. Dabei geht es nicht zuletzt um die politische Verhandlung dessen, was in einer Gesellschaft unter Nutzung, Besitz und Arbeit verstanden wird, so Friederike Habermann, die auf die historisch-politische Kontingenz von Eigentumsregelungen und Arbeitsverständnissen verweist. Eine Teilnehmerin schlägt vor, die bereits heutige Praxis des Commoning im Rahmen diskursiv-politischer Aushandlungen als Verständigungsprozess zu begreifen, und auch Friederike Habermann misst der Praxis des Commoning ein hohes emanzipatorisches Potenzial zu, da diese neue Formen und Denkweisen des Wirtschaftens hervorbringt. Es besteht Bedarf an politischer Unterstützung, um diese positiven Experimente, vom Miethäusersyndikat bis zur nichtkommerziellen Landwirtschaft (NKL), zu stärken. Es ist jedoch ebenfalls unabdingbar, innerhalb dieser Projekte ein politisches Bewusstsein für das eigene Handeln zu entwickeln und auf dessen Grundlage die nötige Unterstützung einzufordern.

Ob kulturell verfestigte Strukturen des Wirtschaftens nicht Ausdruck menschlicher Bedürfnisse sind, fragt einer der Ökonomen. „Können und wollen Menschen ohne Profitstreben, ohne den Wunsch nach Eigentum leben?“ Klar ist, bevor eine hegemonial gewordene Wirtschaftsweise überwunden werden kann, bedarf es eines Umdenkens, dessen Anstöße vornehmlich aus den vielfältigen, bereits existierenden Praxisprojekten kommen könnten. Bestehende Machtstrukturen, materiell wie ideell, sieht auch der Vertreter der klassischen Ökonomie als größtes Hindernis für die flächendeckende Umsetzung einer commonsbasierten Wirtschaftsweise. An dieser Stelle ansetzend wäre eine „Erziehung zum Common“ als bildungspolitisches Projekt denkbar, das von der Frage ausgeht, wie durch Bildung das Bewusstsein für ein strukturell anderes (Wirtschafts-)Handeln geschaffen werden kann.

So steht die Frage nach den Maßstabsebenen und den politischen Werkzeugen im Raum. Wie sind politisch die rechtlichen und materiellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, damit Commons-Projekte zu ihrer Entfaltung kommen können? Auf welcher Maßstabsebene sind die Prozesse des Commoning denkbar und welche Formen der Organisation sind möglich?

Bislang handelt es sich um „Nischen“, deren Praxis auf lokaler Ebene ihre Wirkung entfaltet. Unklar ist, wie das Commoning in einer globalen Dimension zu denken ist – so moniert ein Teilnehmer auch die „makroökonomische Lehrstelle“ im Theoriegebäude der Commons. Die Ungleichheit lokaler Ressourcen produziert ein Verteilungsproblem, das aus ökonomischer Perspektive zwangsläufig zu einer Konkurrenz der Gemeinschaften führen muss. Die (Um-) Verteilungsfrage umschiffend schlägt ein Teilnehmer vor, „Leichtes“ lokal und „Schweres“ global zu produzieren. Dies ist ohnehin sinnvoll, da Bedürfnisse keiner Universallogik entspringen, sondern aufgrund ihrer kulturellen Bedingtheit variieren. Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass die Wirtschaftsformen des Commoning mehr Differenzierung erfordern als in einer durch globale Wertschöpfungsketten organisierten Ökonomie, deren Antreiber eine zunehmende Standardisierung ist. So fragt ein Teilnehmer auch nach dem Ausmaß der Umgestaltung der globalen Ökonomie: „Funktionieren Commons als Überwindung des Kapitalismus, oder lassen sie sich funktional in das bestehende System integrieren, zum Beispiel in Form von Nachhaltigkeit als ökonomischer Anreiz?“

Zusammenfassend lässt sich aus wissenschaftlicher Perspektive konstatieren, dass eine theoretische und empirische Durcharbeitung dessen, was im Rahmen des Commoning möglich ist, noch aussteht. Im Sinne einer Theorie der Praxis, müssten die Forschungslücken verkleinert und die Begriffe geschärft werden. Bislang sind die Konzepte noch unfertig und auf eine mögliche Zukunft hin ausgerichtet. Allerdings erfordert die Praxis des Commoning eben diese Offenheit der Konzepte für die Adaption in unterschiedlichsten Anwendungskontexten, damit bereits in der heutigen Praxis Alternativen für die Zukunft sichtbar werden können. Nicht alle Güter sind gleich, genauso wie die Gemeinschaften, die sich zur Verhandlung eines Gutes als Common formieren. Eine allgemeingültige „Theorie der Commons“ würde dieser differenzierenden Praxis Unrecht tun, so dass zunächst nach der Funktionsweise der vielfältigen Praxisbeispiele gefragt werden sollte. Für die Praxisseite lassen sich aus der Diskussion eine Reihe von Handlungsempfehlungen ableiten. Um das Commoning entsprechend seiner Logik zu öffnen, brauchen die Projekte Raum zu ihrer Entfaltung, jedoch vor allem eine Öffnung in der Praxis. Zur breitenwirksamen Öffnung gehört in erster Linie der Abbau von Ausgrenzungsmechanismen; ein Problem mit dem sich insbesondere digitale Commons auseinandersetzen müssen, wie ein Teilnehmer konstatiert. Für die bereits bestehenden Commons-Projekte gilt es, „aus der Nische hervorzutreten“ und so aktiv an der Verallgemeinerung und Weiterentwicklung ihrer Praktiken mitzuwirken. Auf den Vorschlag der Moderation, die breitenwirksamen Commons als Utopie einzusetzen, reagiert die Arbeitsgruppe gespalten. Durch den Verweis auf den unerreichbaren Topos hat der Begriff eine negative Konnotation. Friederike Habermann merkt dazu an, dass das „Ausmalen der Utopie überflüssig“ ist, da sich in den Praxisformen bereits eine mögliche Struktur abbildet. So könnte man die utopische Dimension der Commons auch als Fahrplan begreifen, der den Weg in Richtung dieses Ortes weist.

Finanzierbarkeit

Die Frage der Finanzierbarkeit stellt sich in einer commonsbasierten Wirtschaftsform in anderer Weise als in einer Eigentumsökonomie. Die Sozialbeziehungen im Commoning beruhen auf einem freiwilligen Beitragen und Teilen, im Gegensatz zum reziproken Äquivalententausch. Im Rahmen des Commoning findet eine Entwertung des Geldes statt, wie einer der Teilnehmenden verdeutlicht, so dass die gesamte Produktivität auf der Kooperationsbereitschaft der freiwillig Beitragenden basiert. Was passiert jedoch mit jenen, die nicht beitragen wollen oder können? Auf der einen Seite bedarf es einer Regelung, um den Missbrauch von Gemeinschaften zum Beispiel durch free-riding zu sanktionieren. Auf der anderen Seite sind sich die Diskutierenden einig, dass all jene, die nicht beitragen können, nichtsdestotrotz Zugang zu den Commons haben sollen. Durch eine Reihe von Wortmeldungen wird deutlich, dass sich die Frage der Finanzierbarkeit ohne Praxisbeispiele und belastbare Daten nicht beantworten lässt. Der Auftrag an die Wissenschaft lautet, das, was sich in gelebten Praktiken des Commoning abbildet, jedoch bislang untertheoretisiert ist, zu einem besseren Verständnis zu führen.

Neben- und Folgewirkungen

Eine der am häufigsten erwähnten Folgewirkungen betrifft die Produktion solcher Immaterialgüter wie Lebenszufriedenheit oder Glück, die in einer commonsbasierten Wirtschaftsweise als „Nebenprodukt“ mitproduziert und befriedigt werden. Diese Ansicht basiert auf der Annahme, dass die Motivation zur Arbeit sich auf Grundlage eines intrinsisch motivierten „Tätigseins“ generiert und nicht durch den Zwang zur Erwerbsarbeit. Durch die breitere Anerkennung dessen, was als „Tätigsein“ gefasst werden kann, erhöht sich die Akzeptanz mancher Tätigkeitsformen, so zum Beispiel einer ganzen Reihe von Pflege- und Sozialberufen. Die gemeinschaftsbasierten Formen der Zusammenarbeit, Nutzung und Pflege in Commons-Projekten stärken zudem Gemeinschaft wie Individuen durch die integrative Gestaltung der Sozialbeziehungen. Es sind gerade die Sozialbeziehungen, die im Zentrum des Commoning stehen, da diese Voraussetzung und Gewährleistung für die schonende und faire Nutzung der Commons sind.

Auf der Seite der unerwünschten Nebenwirkungen steht die bereits angesprochene Gefahr der Übernutzung, die zum Beispiel durch mangelndes Wissen hervorgerufen werden könnte. Ein Teilnehmer

gibt jedoch zu bedenken, dass diese wohl kaum gravierender wäre als in der derzeitigen Produktionsweise. Zudem ist eine commonsbasierte Gesellschaft aufgrund des hohen Grades an Kooperation vermutlich besser in der Lage, mit nichtbedachten Nebenwirkungen umzugehen und die Risiken dieser zu minimieren, als der Kapitalismus, der durch seine Organisationsweise daran scheitert, die Schäden an den gemeinsamen Lebensgrundlagen zu verringern.

Letztendlich ist eine commonsbasierte Wirtschaftsweise nicht vor dem Risiko gefeit, wieder in eine Profit- und damit Eigentumslogik umzuschlagen. Die Gefahr der Reprivatisierung und Rückführung von Gütern in den Markt besteht vor allem bei der Nichteinhaltung der gemeinschaftlich vereinbarten Regelungen, weshalb diesem Aspekt eine kritische Bedeutung in der Praxis des Commoning zuteil wird.

11. Wechselwirkungen und Widersprüche der Strategien

Im Anschluss an die Arbeitsgruppen folgt wiederum eine Diskussion aller Teilnehmenden, die mit der Nennung einer einprägsamen Zahl beginnt: Gäbe es eine weltweit gleiche Verteilung von Einkommen und Ressourcennutzung und würde zudem die Ressourcennutzung nicht das überschreiten, was unser Globus langfristig zu bieten hat, dann, so Meinhard Miegel zu Beginn dieser Diskussionsphase, hätte jeder Mensch nicht mehr als 600 € pro Monat zur Verfügung. Alles, was darüber hinausgeht, bedeutet Ungleichverteilung oder Raubbau. Er stellt die Frage, ist, ob die diskutierten vier Strategien nicht eine globale Ungleichverteilung, wie sie zur Zeit gegeben ist, voraussetzen.

Manche Strategie, so ein sofortiger Einwurf, könnte der Ungleichverteilung entgegen wirken. So könnte ein begrenztes Recht auf Ressourcennutzung eingeführt werden, das jedem nur bis zu einer festgelegten Quote den Verbrauch von Ressourcen erlaubt. Unter dem Stichwort Co₂-Card war ein solches Konzept schon einmal intensiver in der Diskussion. Einhergehend mit kürzerer Arbeitszeit, einem Bezug auf Gemeinwohl statt auf Profitmaximierung sowie der Realisierung von Commons-Projekten könnte diese Strategie zu sowohl Ressourcenschonung als auch gerechterer Verteilung von Ressourcen führen.

Eine andere Meinung betont die Möglichkeit – und wenn man so will, einhergehend auch die moralische Verpflichtung, die die derzeitige Ungleichverteilung den privilegierten Gesellschaften zuweist: Es bietet sich die Chance, alternative Modelle des Wirtschaftens zu konzipieren, auszuprobieren und zu tragfähigen Lösungen weiter zu entwickeln, die dann als Vorbilder für die nicht-privilegierten Gesellschaften dienen können.

Eine eher pessimistische Sicht zeigt sich in einer weiteren Wortmeldung: Die global gesehene Ungleichverteilung ermöglicht ihr zufolge gerade nicht das Umsetzen der diskutierten Strategien, sondern verhindert dies. Denn zu wenige Menschen werden freiwillig auf die bestehenden Privilegien verzichten. Daher braucht es erst eine Gleichverteilung, um zu einer nachhaltigen, den Planeten nicht überlastenden Lebens- und Wirtschaftsweise zu kommen. Die Gleichverteilung wird es aber nicht ohne Katastrophen, sei es in der Natur, sei es im gesellschaftlichen Gefüge, geben. Oder aber, so die formulierte Verschärfung der pessimistischen Sicht, die zu erwartende Katastrophe verstärkt wie viele Krisen zuvor die Ungleichheit.

Den möglichen Widerspruch zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit spricht auch einer der Ökonomen in dem Kreis an. Strategien, die zu einer nicht nur marginalen Ressourcenschonung führen, bedeuten letztlich sowohl Verlust von Arbeitsplätzen als auch Verzicht auf Konsum. Ökonomisch ist das notwendige Vorgehen, um ressourcenschonendes Wirtschaften zu erzielen, eigentlich geklärt. Ungeklärt jedoch ist der notwendige Umgang mit der damit verbundenen sozialen Frage. Materielle Verluste, die die Menschen erleiden, müssen kompensiert werden, und zwar möglichst sofort. Können, wie vorgeschlagen wird, utopisch anmutende Bilder von mehr auf Gemeinschaft und weniger auf Profitstreben angelegten Gesellschaftsordnungen oder auch Verweise auf nicht-konsumorientierte sinnstiftende Tätigkeiten ausreichend Kompensation bieten? Nach der Ansicht des Ökonomen nicht.

Einen Teil der Diskussion nimmt die Frage nach der Idee der Commons ein. Während manche eine commonsbasierte Wirtschaft als utopisch ansehen, messen andere ihr durchaus Realisierungsmöglichkeiten bei. Umstritten ist dabei allerdings, ob Commons als eigenständige neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verstehen sind, die nach der Abschaffung des Kapitalismus auf den Plan tritt, oder aber ein ergänzendes Modell sind. Selbst einer der Verfechter einer explizit gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung hält einen „Komplettwandel“ hin zu einer commonsbasierten Wirtschaft für nicht umsetzbar. Als Alternativen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems leisten commonsbasierte Projekte gleichwohl einen wichtigen Beitrag. Der Vertreter der Gegenmeinung betont die Eigen-

ständigkeit des Commons-Ansatzes. Die Ursprünge der Commons, so das Argument, liegen traditionell in Mangelgesellschaften. Da auch nun Mangel an Ressourcen vorliegt, erscheinen ihm Commons als gut geeignet, um mit dieser Herausforderung umzugehen. Unbestreitbar ist, dass es zu einer anderen Form der Verfügung über Ressourcen kommen muss, die allerdings kulturell auszuhandeln ist. Grundsätzlich, so konstatiert er, machen neue und ungewohnte Modelle den Menschen Angst. Ein denkbarer Umgang damit wären „trial-and-error“-Prozesse im Kleinen, also alternative Wirtschaftsformen in Experimentgruppen zu entwickeln, um sie im Anschluss auf eine größere Ebene zu übertragen.

Was nun ansteht, so wird eindrücklich in der Runde gemahnt, ist die Frage der Umsetzung. Die Zeit drängt, um einen Wandel herbeizuführen. Vielleicht sogar, so die Befürchtung von Meinhard Miegel, bleibt weniger Zeit dafür als nötig. Trotzdem stellt einer der Teilnehmenden des Symposiums fest, dass weder Politik noch Wissenschaft die Frage der Umsetzung einer der diskutierten oder auch anderer Strategien zu einer nachhaltigen Wirtschaftsform angehen. Die Ökonomie als wissenschaftliche Disziplin ist auf diesem Auge genauso blind wie die Politik, so seine Zuschreibung. Zeitgleich wächst das Unbehagen in der Bevölkerung, was letztlich dazu führen könnte, dass populistische Akteure profitieren. Aufgrund dieser Gefahr, aber auch weil es für einen Wandel der Wirtschaftsform, wie bereits der Titel der Symposiumsreihe nahelegt, eines Bewusstseinswandels bedarf, ist es unabdingbar den notwendigen Diskurs nicht nur auf wissenschaftlicher Ebene, sondern auch in breiter gesellschaftlicher Ausrichtung zu führen. Zugleich sollte, gerade weil die Zeit drängt, so eine Teilnehmerin, nicht die perfekte Antwort auf die Herausforderungen gesucht werden, sondern auch eine gewisse Akzeptanz des Imperfekten, des noch nicht Fertigen möglich sein.

12. Vortrag von Dr. Wolfgang Schmidbauer „Die Bedeutung der Handarbeit für den Kopf“

Der Mensch verdankt seine Intelligenz zum guten Teil den werkzeugschaffenden, geschickten Händen. Die freiwillige, selbstgesteuerte, die von wohlmeinenden und kundigen Eltern dem Kind auferlegte Handarbeit ist ein unverzichtbares Mittel, unseren Kontakt mit der Wirklichkeit zu verbessern, unsere Triebenergie in konstruktive Bahnen zu lenken und unsere Persönlichkeit zu entwickeln.

Die Bewertung von Handarbeit als „primitiv“ und geistesfern, die seit dem griechischen „Banausos“ für den Handwerker im abendländischen Denken nachweisbar ist, erscheint unter diesem Gesichtspunkt nicht nur töricht, sondern auch gefährlich. Sie gehört in eine vorindustrielle Epoche, in der es noch keine Kraftmaschinen gab, alle Menschen gehen oder reiten mussten und die Lebensform einer „couch potato“ von heute undenkbar war. Der Mensch braucht ein gewisses Maß an körperlicher Anstrengung, um gesund zu bleiben. Für den Künstler ist der Widerstand der Materie ein ganz wesentlicher Anstoß von Kreativität. Handarbeit erfüllt Körper und Geist. Sie befriedigt beide, vor allem der Wechsel von Hand- und Kopfarbeit, bei dem die Kopfarbeit Ausruhen von der körperlichen Belastung bietet, die Handarbeit Regeneration der einseitigen Konzentration. Bewegung ist ein Lebenselixier. Wir sind nicht zum Sitzen geboren, sondern zur Tätigkeit, zum Sammeln und Jagen, zum Basteln und Probieren.

Handarbeit, die menschliche Gesundheit erhält, muss allerdings eine Bedingung erfüllen: Sie muss als sinnhaft erlebt werden. Der amerikanische Sozialphilosoph Richard Sennett veröffentlichte 2008 ein Buch mit dem Titel *Handwerk*. Er beklagt, dass sich Akademiker in der Regel zu wenig auf die Welt der Dinge und die Bedeutung der Hände für den Kopf einlassen. Das handwerkliche Ethos guter Arbeit geht nicht allein dann verloren, wenn Menschen Maschinen zuarbeiten müssen und sich selbst auf einige immer gleiche Handgriffe reduziert sehen. Diese bereits von Karl Marx beklagten Entfremdungen der Arbeit in der Fabrik sind weitgehend aus den reichen Industrieländern verschwunden. Sie plagen jetzt die Entwicklungsländer.

Beraubungen in der entwickelten Konsumgesellschaft

Gegenwärtig hat die Konkurrenz um eine immer bessere Ausbeutung unserer Neigung zur Bequemlichkeit und zur Größenphantasie die menschliche Intelligenz dazu gebracht, möglichst viele Maschinen zu erfinden, die Hand, Kopf und Geist lähmen.

Wer Produktentwicklungen verfolgt, erkennt zwei Götzen, denen sie sich unterwerfen: Zeitersparnis und Atrophie von Muskulatur und Sinnesfähigkeit. Dieser Raub an Lebenswichtigem wird durch das Versprechen legitimiert, wir hätten durch diese Erleichterungen *Zeit gewonnen*. Allerdings werden Sinnerleben und wohltuende Übung unseres Organismus nicht automatisch mit der Zeitersparnis mitgeliefert. Gesunde Menschen werden im Gegenteil so lange wie Behinderte behandelt, bis sie tatsächlich behindert sind. Wer lernt, ein Auto zu schalten, braucht kein Automatikgetriebe; er gewinnt dieser Tätigkeit oft das Gefühl eines engeren Kontakts zu seinem Fahrzeug ab. Wer aber von Anfang an das Fahren mit Hilfe eines automatischen Getriebes erlernt, findet es „gefährlich“, zu dem handgeschalteten Auto zurückzukehren. Der Schaltvorgang strengt ihn an, lenkt ihn ab, ist unbequem.

Wer erst einmal anfängt, die manuellen Beraubungen in der entwickelten Konsumgesellschaft zu erforschen, findet viele Beispiele. Die Handkurbel, um ein Auto anzuwerfen, der Trethebel, mit dem ein Motorrad gestartet werden kann - sie alle wurden durch „bequemere“ Lösungen ersetzt, die uns nicht nur einer Möglichkeit zur körperlichen Tätigkeit berauben, sondern Rohstoffe vergeuden und uns von störanfälligen Energiequellen abhängig machen.

Die Konstrukteure rechtfertigen das damit, dass der Markt über solche Fragen entscheidet. Abgesehen davon, dass sich mit diesem Argument auch der Verkauf von Heroin rechtfertigen lässt, entscheidet der Markt nur so lange für den Raubbau an natürlichen Rohstoffen und menschlicher Gesundheit, wie die Folgen dieser Entscheidungen nicht dem Produzenten zugemutet, sondern von einer Allgemeinheit getragen werden, welche die langfristigen Folgen dieses Wachstumswahns von Konsum und Komfort ignoriert.

Wir sind in eine Welt geraten, in der es „normal“ geworden ist, dass gutverdienende, körperlich gesunde Menschen mit einem dicken Geländewagen zehn Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz fahren und dann am Abend auf einem Trimmfahrrad in ihrem Keller den so etablierten Bewegungsmangel kompensieren, ehe er ihrer Gesundheit schadet.

Handwerk als menschliches Grundstreben

Handwerk im besten Sinn hebt den Unterschied zwischen Hand und Kopf auf. Es ist die *Hingabe an eine Sache, in der wir uns gleichzeitig tätig und entspannt fühlen*. Während ihrer Ausbildung habe ich bei einer angehenden und später sehr erfolgreichen Architektin beobachtet, wie sie auf die Frage eines Kommilitonen reagierte, der sich wunderte, dass sie in einem Plan alle Stufen einer Treppe gezeichnet hatte, nicht nur die erste und die letzte, wie das bei solchen Wiederholungen des Gleichen üblich sei. Sie antwortete: „Ich finde das eine meditative Beschäftigung!“

Wer eine Fertigkeit übt, die ihn ganz und gar erfüllen kann, wird in der Regel den Beginn mühsam finden und umso mehr Befriedigung entwickeln, je mehr er diese Tätigkeit beherrscht. Je besser sein Instrument klingt, desto mehr Freude macht es dem Musiker, zu üben und noch besser zu werden. Jede Übung des eigenen Könnens ist immer Schwankungen unterworfen; es gibt gute und schlechte Tage, es fließt oder stockt. Gerade aus diesen Schwankungen lernt der Handwerker, die eigene Tätigkeit genauer wahrzunehmen.

Je mehr es ihm gelingt, seine Tätigkeit geistig zu besetzen und zu durchdringen, sich in ihr wahrzunehmen und zu entwickeln, desto weniger ist er von jenen Formen einer beruflich geprägten Depression beeinträchtigt, die unter dem Begriff des Burnouts inzwischen zu einer Modekrankheit geworden sind. Ich zitiere noch einmal Sennett:

„Ausdrücke wie ‚handwerkliche Fertigkeiten‘ oder ‚handwerkliche Orientierung‘ lassen vielleicht an eine Lebensweise denken, die mit der Entstehung der Industriegesellschaft verschwunden ist. Doch das wäre falsch. Sie verweisen auf ein dauerhaftes menschliches Grundbestreben: den Wunsch, eine Arbeit um ihrer selbst willen gut zu machen. Und sie beschränken sich keineswegs auf den Bereich qualifizierter manueller Tätigkeiten. Fertigkeiten und Orientierungen dieser Art finden sich auch bei Programmierern, Ärzten und Künstlern.“¹

Unsere Erwartungen an die Materie

Sigmund Freud hat in seinem Buch über *Das Unbehagen in der Kultur* in der ihm eigenen Ironie gesagt, dass der Beitrag der physischen Arbeit zur seelischen Gesundheit kaum hoch genug einzuschätzen ist, in jedem Fall aber ihre Beliebtheit übersteigt. In Therapien ist oft viel erreicht, wenn es gelingt, einem Patienten die Freude an seiner Tätigkeit zurückzugeben und ihn von dem Projekt abzubringen, alles Lebensglück in einer erfüllenden Liebe zu suchen. Wir erwarten von der Materie keine Einfühlung, keine Entschädigung für früheres Leid, sondern nur ein Funktionieren entlang von Erfahrungen. Wir sind bescheidener im Umgang mit ihr und haben daher auch nicht nur mehr Erfolgserlebnisse, sondern können diese auch besser voraussagen und verstehen.

Die relative Reife im Umgang mit der Materie, verglichen mit der relativen Unreife im Umgang mit Freundschaft und Liebe, mag mit einer höheren Festigkeit jener Funktionen zusammenhängen, die allein dem individuellen Überleben dienen. Oft ist beschrieben worden, wie Angstneurosen heilen und Zwänge verschwinden, wenn ein Betroffener um sein Überleben ringt während einer Naturkatastrophe oder als Soldat an der Front.

Wir können beobachten, wie ein im Schutz der Familie seiner Magersucht ausgeliefertes Mädchen beginnt mit Appetit zu essen, wenn es in einem Elendsviertel der Dritten Welt die karge Kost der Einheimischen teilen soll. Wir alle müssen, allein der Natur ausgesetzt, stabiler funktionieren, als im geschützten sozialen Raum.

¹ Richard Sennett, *Handwerk*, Berlin 2009, S.19

Diese Beziehung zur Natur überträgt sich in günstigen Fällen auf die Personen im Arbeitsleben, zu denen wir in einer zweckmäßigen Beziehung stehen. Wo das nicht möglich ist und Liebes-Erwartungen geweckt werden, sind auch am Arbeitsplatz die narzisstischen Krisen gebahnt. Wer ein Brett hobelt, um einen Tisch zu bauen, wird nicht erwarten, dass das Brett von selbst auf die Hobelbank springt und sich so hinlegt, dass er mit der Faser arbeiten kann. An eine Person, in die ich mich eingefühlt und deren Bedürfnisse ich versucht habe zu erraten, werde ich Erwartungen richten, die mir in der Auseinandersetzung mit der materiellen Realität gar nicht in den Kopf kämen.

Wer ein Handwerk lernt, einen Garten pflanzt, Holz hackt oder Wasser schleppt, kann sich in dieser Tätigkeit festigen. Kein nachdenklicher Mensch wird den Wert der physischen Arbeit für die Stabilität des Selbstgefühls unterschätzen. Jede Stütze unseres Selbstgefühls, die lange genug funktioniert hat, hinterlässt in unserer Erinnerung eine Spur. Sie besteht noch, wenn wir die Austauschmöglichkeit verloren haben, aber sie festigt und entwickelt sich dann nicht mehr, wie auch totes Holz seine statische Aufgabe noch erfüllt.

Kindheit in der Konsumgesellschaft

Seit Normalkindheit ist, sich den Kopf mit immer schnelleren Folgen aufreizender Bilder füllen zu lassen, freut sich der Erzieher, wenn ein Kind so viel Disziplin aufbringt, dass es einen Abenteuerroman liest. So bescheiden sind wir geworden, dass Harry Potter allein deshalb als Zauberkünstler gilt, weil er die Kids wieder zum Lesen brachte.

Die technische Neuerung der blitzschnellen Programm-Abwahl erzeugt eine Welt, in der die Überzeugung grassiert, man könne abwählen, was lästig ist. Eine unerwünschte Realität wird augenblicklich und folgenlos durch eine andere ersetzt, die sich - hoffentlich! - besser zu unseren Bedürfnissen fügt. In unserem Umgang mit Beziehungen – „ich habe Schluss gemacht“, mit der Arbeit – „in diesem Job werde ich nicht alt!“ und mit Dingen – „ich kann diese Farbe nicht mehr sehen“ macht sich eine „ex&hopp“-Geste breit.

Das Versprechen des Zappings lautet: Du wirst Dich nie mehr langweilen! Aber die Realität sieht anders aus, denn wer sich auf dieses Versprechen verlässt, kann in eine Welt geraten, in der er sich im Gegenteil immer mehr langweilt und immer weniger Chancen sieht, diesem Gefühl zu entkommen. Experten gingen vor zehn Jahren von einem Verhältnis von 11.000 Schul- zu 15.000 Fernsehstunden während der durchschnittlichen Kindheit aus. Heute hat sich die vor einem Bildschirm verbrachte Zeit noch ausgeweitet, aber auch diversifiziert; das Smartphone ist zum Auge der postmodernen Kyklopen geworden. Zeit, die unsere Großeltern mit körperlicher Arbeit verbrachten, füllen unsere Kinder damit, unerwünschte Bilder wegzuwischen oder wegzuzappen. Der in vergeblicher Hoffnung, im nächsten Bild, in der nächsten Nachricht etwas Besseres zu finden, in sinnlose Fragmente zerstückelte Tag ist ein Symbol eines modernen Lebensgefühls.

Die Konsumgesellschaft gibt ihren Kindern an Bildern alles, was zu haben ist. Die frühe Verwöhnung mit überoptimalen Bildern führt dazu, dass diese Kinder später, wenn sie den Unterschied zwischen Bild und Wirklichkeit begreifen, sich langweilen und oft sehr unglücklich sind, weil ihr eigenes Bild dramatisch gegen die geschönten Bilder abfällt, die sie auf dem Bildschirm finden. Was vor dreißig Jahren noch große Ausnahme war, ist heute unter Schülerinnen und Schülern am Gymnasium die Regel: Interesse für Diäten, für Schönheitsoperationen, Unzufriedenheit mit dem eigenen Aussehen. Neulich sprach ich mit einer 16jährigen, die in einem luxuriösen Haushalt aufwächst, sich mit ihrer Mutter ein Reitpferd teilt und nach einem Schulwechsel (die alte Schule war doof) in dem neuen Gymnasium noch mehr verzweifelt. Sie klagte, ihr sei schrecklich langweilig, seit sich ihre beste Freundin mit einem etwas älteren Mann zusammengetan habe. Sie findet beide blöd, sie findet die Lehrer blöd, sie fühlt sich von unerträglichem Frust umgeben, den sie noch jahrelang aushalten soll.

Sinn durch körperliche Arbeit und Bewegung

Auf einer Tagung kam ich 2011 mit einem Nervenarzt ins Gespräch, der die Aufnahmestation in einem niederbayerischen Bezirkskrankenhaus leitet. Er erzählte mir, dass in diesem Jahr die Zahl der bis zum Koma betrunkenen Mädchen die Zahl der Jungens in dem gleichen Zustand übertroffen hat. Zwei

bis drei Promille sind keine Seltenheit. Die Ursache? Langeweile, sagte er. Es passiert zu wenig. So gehen die Teenager aus der Schulstunde in den Supermarkt, besorgen sich den billigsten Fusel und geben sich die Kante. Vermutlich beginnen wir erst jetzt zu begreifen, was wir unseren Kindern nehmen, sobald wir ihnen Zauberstäbe in die Hand drücken und ihnen die körperliche Mitarbeit ersparen. Sie beginnen reich beschenkt und beklagen sich anschließend bei Eltern, Lehrern und allen, die es wahrnehmen können, dass es nicht so weitergeht.

Die Eltern finden ihre Kinder undankbar, die Kinder ihre Eltern geizig. Opfer sind sie beide, denn die Eltern haben den Zauberstab nicht zu verantworten, mit dem die Kinder nicht wirklich umgehen können. Wer einen anspruchsvollen Beruf, ein Handwerk, ein Musikinstrument beherrschen will, muss damit fertig werden, dass er als Habenichtes beginnt und sich schrittweise seine Kunst erobert. Das Leben wird uns geschenkt, die Welt müssen wir uns erarbeiten.

Die Entwicklung in der Konsumgesellschaft hat die Ansprüche an narzisstische Bestätigung ebenso gesteigert wie die Angst vor ihrem Verlust. Daher wird körperliche Arbeit, in der sich nur langsam und mit Mühe etwas verändert, immer weniger attraktiv, ist aber gleichzeitig die wichtigste Lernmöglichkeit für Geduld und Ausdauer.

Die Arbeitslosen in der Konsumgesellschaft sind nicht „faul“. Ebenso gut könnte man einem Computer, der wegen falscher Eingaben nicht funktioniert, Faulheit vorwerfen. Menschliche Motivation lässt sich nicht mit einem Schalter aus- und anknipsen. Sie ist ein komplexes, sensibles und sehr störanfälliges Geschehen.

Die Bedeutung der Sinnhaftigkeit, die einer Arbeit unterstellt wird, hat Mark Twain beleuchtet. In dem Roman über Tom Sawyer und Huckleberry Finn wird Tom von seiner Tante für einen Lausbubestreich bestraft. Er muss an einem schönen Sommertag den Gartenzaun streichen.

Andere würden sich zähneknirschend und hastig dieser Aufgabe unterziehen, um danach endlich ihre freie Zeit zu genießen. Tom aber beschließt, aus dem Zwang Freiheit zu machen. Das kann er den Spielkameraden, die ihn auf dem Weg zum Baden höhnisch bemitleiden, so überzeugend vermitteln, dass sie am Ende nicht nur für ihn den Zaun streichen, sondern ihn anbetteln und nach ihren Möglichkeiten dafür belohnen, dass er sie es tun lässt.

Die Fähigkeit, körperliche Arbeit als sinnhaft erleben zu können, wirkt auf den ersten Blick trivial. Aber sie wird in der Konsumgesellschaft eine Gnade, ein Geschenk, ein Ritual, das jenen zur Verfügung steht, die sich von der perfektionistischen Jagd nach dem Besonderen emanzipieren können. Dieses Ritual bindet Ängste, die sonst übermächtig werden, auf gesunde und nützliche Weise. Da dieses Ritual bei den Kindern traditioneller Gesellschaften gut funktioniert, sind diese auch so begehrte Arbeitskräfte. Allerdings werden solche Haltungen sehr viel schneller aufgelöst als aufgebaut.

Diese Begabung zur eintönigen Arbeit wird sicherlich in den meisten Fällen unbewusst durch reale Vorbilder erworben. In traditionellen, agrarischen oder nomadischen Kulturen ist es für die meisten Menschen immer klar, dass diese Form der Auseinandersetzung mit der Umwelt normal, wünschenswert und „gut“ ist.

Diese Situation hat sich in der Industriegesellschaft geändert. Sobald Kraftmaschinen zur Verfügung stehen, droht die Entwertung der menschlichen Kraft (und der Kraft von Zugtieren) angesichts einer Überschätzung der maschinellen Prothese. Das hängt auch mit den kriegerischen Prägungen der Männlichkeit in diesen Kulturen zusammen: es gehört zum Ideal des „harten“ männlichen Arbeiters, sich bis zur Schmerzgrenze anzustrengen.

Wer als Kind diese Härte noch erahnt hat, kann die Verführung verstehen, die von allen Erleichterungen kräftezehrender, gelenkverschleißender Plackerei und Maloche durch motorisierte Geräte ausgeht. Aber damit geht sehr oft auch die elegante Qualität der physischen Arbeit verloren, welche den Körper aufbaut und erhält, nicht verkrümmt und ruiniert.

Kluge Philosophen der Bewegung, wie Moshe Feldenkrais, haben viele Anregungen geliefert, zu entdecken, wie wichtig körperliche Arbeit sein kann. Dazu wäre es notwendig, sie zu spiritualisieren, sie mit meditativen Qualitäten auszurüsten. Wir müssten dahin kommen, dass unser Ziel nicht die fertige Furche ist, die wir mit dem Spaten ziehen, sondern die Eleganz jedes einzelnen Spatenstichs.

13. Vortrag von Prof. Dr. Meinhard Miegel „Die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft“

Während sich zum Themenbereich Wirtschaft, namentlich Wirtschaftswachstum, und Erwerbsarbeit mittlerweile ganze Bibliotheken füllen lassen, hüllen sich Wirtschaft, Politik und nicht zuletzt die Wissenschaft häufig in Schweigen, wenn es darum geht, die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen, das heißt ressourcenschonenden, ökologisch und finanziell tragfähigen sowie menschengemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Denn nicht wenige Vertreter von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft sind der Auffassung, es sei müßig über letztere zu debattieren, da in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Erwerbsarbeit nicht die Rolle spielen könne, die ihr wirtschaftlich und gesellschaftlich zugedacht ist. Für sie schließen ökologisch nachhaltiges Wirtschaften und ökonomisch/sozial akzeptable Erwerbsarbeit einander weitgehend aus.

Diejenigen, die gegenteiliger Auffassung sind, haben keinen leichten Stand. Solange es nur darum geht, für nachhaltiges Wirtschaften zu werben, ist die Bereitschaft, diesem Werben zu folgen, durchaus beachtlich. Sobald jedoch die Frage nach der Erwerbsarbeit in dieser Ordnung laut wird, wachsen die Zweifel an der Schlüssigkeit dieses Konzepts. Offenbar reicht bei vielen nicht die Phantasie, sich erstrebenswerte Erwerbsarbeit unter veränderten Rahmenbedingungen vorzustellen. Und seien wir ehrlich: Ganz einfach ist dies auch nicht.

Beschäftigungsstrategien bei geringem Wirtschaftswachstum

Das zeigte sich nicht zuletzt in einem vorangegangenen Workshop, an dem im Juni 2015 einige der auch heute Anwesenden teilgenommen haben. Sein Thema: Beschäftigungsstrategien bei geringem Wirtschaftswachstum, vulgo nachhaltigem Wirtschaften.

Sein Ergebnis: So richtig prickelnd ist das mit der Erwerbsarbeit bei geringem/keinem/rückläufigem Wirtschaftswachstum nicht. Einerseits ist die ökonomisch/soziale Bedeutung von Erwerbsarbeit anhaltend groß. Andererseits schwinden jedoch Quantität und Qualität nachgesuchter Arbeit bei gleichzeitiger Zunahme nicht nachgesuchter und nur notgedrungen akzeptierter Arbeit. Zwischen der unvermindert hohen beziehungsweise sogar steigenden Bedeutung von Erwerbsarbeit und deren tatsächlicher Verfügbarkeit – so die Feststellung im Workshop – wachse eine Kluft. Die zunehmende von Erwerbsarbeit „befreite“ Zeit werde konsumiert von unbezahlten individuell und/oder kollektiv nützlichen oder sogar unverzichtbaren Tätigkeiten wie Weiterbildung, körperlicher Ertüchtigung, Betreuung von Angehörigen, dem Reparieren und der Pflege von Gebrauchsgütern, klassischer Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Funktionen.

Allerdings würden diese unbezahlten/nützlichen Tätigkeiten eher früher als später den derzeit geltenden Gesetzen der Erwerbsarbeit unterworfen, dem „Höher, Schneller, Weiter“. Für mehr Muße bleibe wenig Raum. Und dann der Schlussakkord: Ist das, was sich da abzeichnet, wünschens- oder gar erstrebenswert?

Die Antwort: teils, teils. Weniger bezahlte Erwerbsarbeit werde unvermeidlich zu weniger Konsum führen, zumindest wenn Konsum wie bislang definiert werde. Eine Kompensation hierfür seien eine intaktere Umwelt, besserer gesellschaftlicher Zusammenhalt und größere individuelle Zufriedenheit. Darüber hinaus solle es größere Wahlmöglichkeiten zwischen bezahlter Erwerbsarbeit, unbezahlten, pflichtenbefrachteten Tätigkeiten und pflichtenfreier Zeit geben und das bei auskömmlicher materieller Versorgung, Stichwort: Grundsicherung.

Will das die Bevölkerungsmehrheit? Offenbar nur bedingt, wenn man den neuesten Untersuchungsergebnissen des Umweltbundesamtes folgt. Ihnen zufolge hat materieller Konsum nach wie vor einen hohen Stellenwert. Vor allem jüngere Menschen streben wie bisher nach Klamotten und Unterhaltungselektronik.

Standortbestimmung

Wo stehen wir, wo befindet sich der wissenschaftliche Diskurs in dieser Gemengelage? Bei der Beantwortung dieser Frage dürfte hilfreich sein, sich immer wieder und sehr bewusst Rechenschaft darüber

abzulegen, ob das, was wir sagen, eher den Ist-Zustand oder die lang angestrebten Ziele beschreibt, ob es eher prognostisch/spekulativ oder weitgehend Wunschdenken ist. Mir scheint die Debatte über den Gegenstand dieses Workshops nicht zuletzt deshalb etwas verworren zu sein, weil zwischen diesen Modi nicht immer klar unterschieden wird: Was ist und was wird sein? Was wollen und was sollen wir? Und schließlich, was wissen wir zum Beispiel über die Rolle der Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft?

Offenbar nicht viel, sonst bräuchten wir hier nicht zusammensitzen. Weder haben wir eine halbwegs klare Vorstellung von jener ressourcenschonenden, ökologisch et cetera pp. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, noch können wir wirklich sagen, welche Rolle die Arbeit in ihr spielen wird. Erfüllt beispielsweise die Industrie 4.0, in der alle Routinetätigkeiten beseitigt sein sollen, die Anforderungen an ökologisch und human nachhaltiges Wirtschaften oder wird sie noch ressourcenintensiver sein als die gegenwärtige? Denn von der Beantwortung dieser Frage hängt ab, ob sie zukunftsfähig ist oder nicht. Stiege nämlich ihr Ressourcenbedarf, wäre dies nur eine Fortsetzung der bisherigen Trends und keine Innovation.

Zur Erinnerung: Seit 1900 hat sich in Deutschland die Arbeitsmenge pro Erwerbstätigem und Einwohner um rund die Hälfte, seit 1950 um rund ein Drittel vermindert. Doch zugleich stieg der Einsatz von Rohstoffen, namentlich Energieträgern steil an. Menschliche Arbeit wurde durch Rohstoffe ersetzt. Kann eine Umkehr dieser Entwicklung prinzipiell ausgeschlossen werden? Ich denke an die Landwirtschaft oder Teile des Handwerks. Können wir blind darauf setzen, dass bezahlte Erwerbsarbeit mit einer gewissen Zwangsläufigkeit immer weniger wird? Vielleicht nimmt sie bei einer Verteuerung der Rohstoffe ja auch wieder zu.

Auch im Dienstleistungsbereich müssen derzeit unbezahlte, aber pflichtenbefrachtete Tätigkeiten nicht unbezahlt bleiben! Zwar würde die Bevölkerung durch ihre Bezahlung nicht wohlhabender, wenn beispielsweise jeder die Hecke seines Nachbarn gegen Bezahlung schneidet. Aber der Strom von Erwerbsarbeit bliebe erhalten.

Oder was ist, wenn Nachhaltigkeit bewirkt wird durch Konsumüberdross? Ist das gänzlich unwahrscheinlich? Unter bestimmten Konstellationen haben sich Menschen schon von ganz Anderem abgewendet. Ich denke an das Heilsversprechen grenzenloser Glückseligkeit *im Fleische*.

Doch damit genug der Spekulationen. Sie sollen nur zeigen, dass jede Form linearen Denkens und Argumentierens schnell in eine Sackgasse führen kann. Das Gegenteil sollte immer mitgedacht werden! Vor allem aber gilt es, die ungemein schwer umzusetzende Binsenweisheit zu beherzigen, dass alles mit allem verbunden ist.

Um unsere Debatte dennoch ein wenig zu strukturieren, sollen aus dem überaus komplexen Argumentationsgefüge vier Teilaspekte hervorgehoben werden:

Geringere Besteuerung von Arbeit

Bei ihr zeigt sich, wie die meisten von uns bis heute gelehrige Schüler von Karl Marx geblieben sind. Menschliche Arbeit – so verkündete er – ist der einzige relevante Wertschöpfungsfaktor. Alles andere ist nur Beiwerk. Was lag und was liegt da näher, als im Wesentlichen auch nur die Arbeit zu besteuern. Menschliche Arbeit galt und gilt als etwas ungeheuer Kostbares. Deshalb war und ist das Ziel, sie so sparsam wie möglich einzusetzen.

Hier die Gewichtungen zu verschieben, ist eine Revolution, die von der Idee getragen wird, dass menschliche Arbeit vielleicht doch nicht so singulär und kostbar ist wie gedacht und andere Produktionsfaktoren ähnlich kostbar oder sogar noch kostbarer sein könnten.

In der Frage der Besteuerung kulminieren solche Überlegungen. Wird die Steuerlast auf andere Faktoren verschoben, signalisiert das bewusst oder unbewusst: Diese anderen Faktoren sind belastbarer, stärker. Der Mensch mit seiner Arbeit ist nicht mehr der Spielmacher, sondern nur noch Mitspieler. Und das vor dem Hintergrund der Digitalisierungsdebatte! Wie lange wird es dauern, bis der Mensch im Produktionsprozess ganz überflüssig sein wird und damit als Besteuerungsgrundlage selbstredend entfällt?

Kai Schlegelmilch wird in die Ökonomie und die Technikalitäten der Besteuerungsumschichtung von der Arbeit hin zu Ressourcenverbrauch und Umwelt einführen. Eine schlüssige und wahrscheinlich

auch notwendige Strategie. Aber möglicherweise verändert sie das seit Generationen entwickelte Selbstverständnis von Mensch und Gesellschaft tiefgreifender als wir uns das jetzt vorstellen wollen.

Kürzere Arbeitszeiten

Es ist bereits angeklungen: Wird eine nachhaltigere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weniger arbeitsintensiv oder arbeitsintensiver sein? Für Michael Kopatz, der in diese Fragestellung einführt, sind „kürzere Arbeitszeiten substanzieller Bestandteil der sozial-kulturellen Transformation zur Nachhaltigkeit“. Aber denken wir die Antithese gleich mit. Was ist, wenn (stark) verteuerte und mit hohen Abgaben befrachtete Ressourcen gemieden und vermehrt auf preiswerte menschliche Arbeit zurückgegriffen werden muss? Auch dann, so sein Petitum: Widersteht der Versuchung. Arbeitet weniger, genießt mehr. Oder, um es mit Tim Jackson zu sagen: „Let’s be less productive ...and share the available work.“ Wieder eine schlüssige Strategie, die jedoch den seit Generationen eingeübten Verhaltensmustern zuwiderläuft und deshalb in der Tat ein neues Bewusstsein für neuen Wohlstand voraussetzt. Denn beide, Michael Kopatz und Tim Jackson schrammen hart an dem Anathem Verzicht entlang. Darin sind sich beide einig: Weniger Arbeit bedeutet wahrscheinlich Konsumverzicht. Und tapfer fügen sie hinzu: Und das ist gut so. Die Attacken, die hier auf individuelles und gesellschaftliches Selbstverständnis geritten werden, sind womöglich noch heftiger als jene, die die Rolle menschlicher Arbeit relativieren. Umso wichtiger sind neues Bewusstsein und neuer Wohlstand auch hier.

Ausbau personalintensiver Dienstleistungen

Das erinnert ein wenig an das Bibelwort: „Der Stein, der verworfen worden war, wurde zum Eckstein.“ Das Schmuddelkind „personalintensive Dienstleistung“ schwingt sich auf zur (Erwerbs-) Arbeitsform der Zukunft. Franz Segbers wird über die großen Chancen und beherrschbaren Risiken dieser Arbeitsform sprechen.

Allerdings sollten wir die Augen nicht vor dem Doppelschlag verschließen, der hier gegen tradierte/etablierte Arbeits- und Lebensformen geführt wird. Zum einen soll zugunsten von Nachhaltigkeit weniger gearbeitet, das heißt weniger produziert und konsumiert werden. Und zum anderen sollen die bislang mitunter stiefmütterlich behandelten personalintensiven Dienstleistungen nicht nur ideell, sondern auch materiell substanziell aufgewertet werden. Denn, so Franz Segbers, „Arbeit muss immer existenzsichernd und sozial abgesichert sein“. Wer würde dem nicht zustimmen?

Aber nicht nur die Digitalisierung, sondern auch die Globalisierung wird unsere voraussichtlich mühevollen Wanderung hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung begleiten. Das dürfte unter anderem auch bedeuten, dass künftig nicht mehr nur spottbillige Nahrungsmittel und Industrieprodukte vor unserer Haustür abgeladen werden, sondern dort auch eine anschwellende Zahl von Menschen stehen wird, die ihre ebenso spottbilligen Dienstleistungen anbieten. Was heißt existenzsichernd für einen Menschen, der sein bisheriges Leben mit wenigen Dollar am Tag bestritten hat? Was will ich sagen? Unterstellen wir bei unseren Überlegungen nicht, dass die jetzt anstehende Transformation unter Bedingungen eines historisch einzigartigen Wohlstands vonstattengehen wird. Diese zugegebenermaßen recht ernüchternden Gedanken werden beiseite gewischt von Friederike Habermann, die uns mit veränderten Wirtschaftsweisen vertraut machen wird.

Veränderte Produktions- und Absatzprozesse durch Gemeinschaftsgüter und Prosumenten

Hier werden in erheblichem Umfang Menschen tätig ohne monetäre Entlohnung, ohne Fremdbestimmung, ohne exklusive Zugangs- und Nutzungsrechte und aus alledem soll „eine nachhaltige Gesellschaft ohne Verzicht“ erwachsen. Das ist es doch! Hier wird eine Ordnung entworfen, die unmittelbar anspricht, die zukunftsfähig sein könnte und auf die viele warten. Die Frage ist, wie weit ist der Weg zu ihr? Gewiss ist die Zahl schon heute hoffnungsfroh stimmender Beispiele beachtlich. Aber wie tief wurzelt bei sehr vielen noch die strikte Abgrenzung zwischen Dein und Mein und mehr noch die eifersüchtige Verteidigung selbst anachronistischster Privilegien? Ein Blick auf die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte – national, regional und global – zeigt doch, dass sie nicht selten in einem

Bewusstsein wurzeln, das dem hier beschworenen diametral entgegengesetzt ist. Dies ist kein Abstrich an der Schönheit des vorgestellten Konzepts, sollte aber dafür sensibilisieren, wie mühsam/realistisch seine Umsetzung sein dürfte.